Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/2464
12. 01. 79

Fragen

für die Fragestunden
der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 17. Januar 1979
am Donnerstag, dem 18. Januar 1979

Seite

---

*) *Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien.*

Buchdruckerei P. Meier, 5205 St. Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (02241) *61071
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn 2, Postfach 200821
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel.· (02221) 363551

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

1. Abgeordneter **Dr. Arnold** (CDU/CSU)

Hat sich die Bundesregierung in der zurückliegenden Zeit bei den Behörden der DDR dafür eingesetzt, daß es gemäß dem auf der KSZE-Konferenz in Helsinki vereinbarten Grundsatz eines freieren Informationsaustauschs ermöglicht wird, Zeitungen aus der Bundesrepublik Deutschland an Kiosken in Ost-Berlin, Rostock, Leipzig, Erfurt und anderen Städten zu kaufen?

2. Abgeordneter **Graf Huyn** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß „Deserteure der Nationalen Volksarmee der DDR' nach mündlichen Absprachen zum Transitabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, die Teil des Abkommens sind, auch unabhängig von einem aktuellen Mißbrauch der Transitstrecke festgenommen werden können" (Münchner Merkur vom 4. Januar 1979), und welche weiteren schriftlichen oder mündlichen geheimen Zusatzvereinbarungen zum Transitabkommen und andere Vereinbarungen zwischen der Bundesregierung und den Ost-Berliner Machthabern gibt es gegebenenfalls?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

3. Abgeordneter **Stockleben** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeiten, die Windenergie zur Erzeugung von Strom in der Bundesrepublik Deutschland zu nutzen, und welche technischen und wirtschaftlichen Fragen müssen nach ihrer Auffassung hierfür vordringlich gefördert werden?

4. Abgeordneter **Stockleben** (SPD)

In welchem Umfang werden Forschung und Entwicklung der Windenergienutzung gefördert, und welche alternativen technischen Konzepte werden dabei verfolgt?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

5. Abgeordnete **Frau Matthäus-Maier** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung die wiederholten Forderungen des Bundes der Deutschen Zollbeamten nach tariflicher und stellenplanmäßiger Gleichbehandlung von Beamten des Bundesgrenzschutzes und der Bundeszollverwaltung, die damit begründet werden, daß Beamte der Zollverwaltung neben ihren originären Aufgaben im Zollbereich in großem Umfang auch grenzpolizeiliche Aufgaben wahrnehmen?

6. Abgeordnete **Frau Matthäus-Maier** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeiten, diesen Forderungen des Bundes der Deutschen Zollbeamten nachzukommen?

7. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)

Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus den ständig zunehmenden Warnungen führender Mediziner und Pädagogen vor Fehlentwicklungen im Leistungssport für Kinder und Jugendliche auf Grund überhöhter Trainings- und Wettkampfanforderungen?

8. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß sichergestellt ist, daß die öffentlichen Sportförderungsmittel des Bundes auf der Grundlage des Prinzips des „humanen Leistungssports" gewährt werden und die Kontrolle gewährleistet ist, daß im Kinder- und Jugendlichensport ausreichende gesundheitliche Schutzmaßnahmen vor Überforderung und Schäden im Trainings- und Wettkampfbetrieb sichergestellt sind?

9. Abgeordnete **Frau Dr. Martiny-Glotz** (SPD)

Was unternimmt die Bundesregierung oder was gedenkt sie zu unternehmen, um Umweltunfälle, insbesondere durch die gefährliche Lagerung von großen Mengen Ammoniumnitratdünger in brandgefährdeten Scheunen und durch die Transporte giftiger oder explosionsgefährdeter Güter auf unseren Straßen zu verhindern, und sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, die Lagerung bzw. den Transport gefährlicher Güter wirksamer zu kontrollieren?

10. Abgeordneter **Ueberhorst** (SPD)

Ist der Bundesregierung das von Prof. Eckhart Grimmel vom Institut für Geografie der Universität Hamburg vorgelegte Gutachten bekannt, mit dem der Nachweis erbracht worden sein soll, „daß die folgenden vom Bundesminister für Forschung und Technologie aufgestellten Forderungen für die endgültige Beseitigung radioaktiver Abfälle aus der Biosphäre bei einer Lagerung in der Erdkruste im Fall Gorleben nicht erfüllt sind": Abschluß von der Biosphäre bis zum restlosen Verfall der radioaktiven Nuklide, dichter Einschluß in eine geologisch stabile Formation, kein Auftreten von Spalten und Klüften, die Wasserzutritt ermöglichen, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

11. Abgeordneter **Ueberhorst** (SPD)

Verfügt die Bundesregierung über andere Gutachten zu derselben Fragestellung, und kommen diese zu anderen Ergebnissen, gegebenenfalls welchen?

12. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Welche Konsequenzen ergeben sich nach Auffassung der Bundesregierung aus der Einstellung von Versuchseinlagerungen radioaktiver Abfälle in der Grube Asse 2?

13. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, bzw. über welche Alternativen hinsichtlich der Entsorgung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle verfügt sie?

14. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Wie vereinbart die Bundesregierung die Feststellung, erst bei einem Beamten von der Besoldungsgruppe A 15 (Regierungsdirektor) an aufwärts reiche nach zwanzig Dienstjahren die Witwenversorgung aus, um der Witwe – bei Annahme eines monatlichen Taschengelds von 100 DM – den Aufenthalt in einem Altersheim zu ermöglichen (vgl. Antwort auf meine Frage B 21 der Drucksache 8/2365) mit der Feststellung, die Bundesregierung sehe keine Notwendigkeit für eine Verbesserung der Hinterbliebenenversorgung (vgl. Antwort auf meine Frage B 25 der

Drucksache 8/1612), und ist die Bundesregierung wenigstens bereit, den Beamten eine zusätzliche eigene Vorsorge zu ermöglichen, indem sie unter entsprechender Kürzung des Barlohns eine Direktversicherung abschließt?

15. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Welche Organisationen und/oder Einzelpersonen außer RCDS, SLH und LHV haben direkt oder indirekt aus für den Verfassungsschutz bestimmten geheimen Haushaltstiteln des Bundesinnenministeriums Zuwendungen zu welchem Zweck und mit welchen Auflagen erhalten?

16. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Wann wird die Bundesregierung sämtliche derartige „Geheimfonds" abschaffen?

17. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)

Was veranlaßt die Bundesregierung dazu, die bisher aus dem Haushalt des Verfassungsschutzes an ausgewählte Organisationen gezahlten Beträge zur „Förderung der geistig-politischen Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus" auch im Jahr 1979 zahlen zu wollen, wenn auch „offen" statt „geheim"?

18. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)

Nach welchen Kriterien wurden die Empfänger der Gelder ausgewählt?

19. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, die dem Stern (Nummer 51 vom 14. Dezember 1978) gegenüber abgegebene Erklärung des Bundesinnenministers, Verfassungsschutz-„Erkenntnisse" über Bundestagsabgeordnete würden künftig nicht mehr weitergegeben und die Vierteljahresberichte des Bundesamts für Verfassungsschutz über Abgeordnete würden abgeschafft, gegenüber dem Deutschen Bundestag zu bestätigen?

20. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Zählt der Bundesinnenminister in seiner Jahresbilanz für 1978 Deutsche, die aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße nach Besuchsreisen deshalb hier verblieben waren, weil ihre Anträge auf Ausreise mehrmals abgelehnt wurden, zu den nach dem deutsch-polnischen Aussiedlungsprotokoll vom Herbst 1975 eingetroffenen Aussiedlern (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3. Januar 1979), obwohl sie in dieser Bilanz nicht erscheinen könnten, da sie keine polnische Ausreisegenehmigung erhielten, und wenn ja, wie hoch war dann die Zahl der mit normalen Ausreisepapieren in der Bundesrepublik Deutschland eingetroffenen Aussiedler aus diesen Gebieten im Jahr 1978?

21. Abgeordneter **Gerster (Mainz)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß sowohl einzelne Bundesländer auf der Basis einer mit dem Bund vereinbarten Quotierung, aber auch einzelne Kommunen bereit sind, Flüchtlinge aus Vietnam aufzunehmen, und warum konnte der Bund bisher keine Flüchtlingsfamilien aus Vietnam in diese Bundesländer und Kommunen weitervermitteln?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

22. Abgeordneter **Dr. Lenz (Bergstraße)** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung den Vorschlag des 16. Deutschen Verkehrsgerichtstags aufgreifen, bei Verkehrsunfällen mit Kindern bis zu zehn Jahren, die reine Gefährdungshaftung ohne Entlastungsmöglichkeit einzuführen mit der Maßgabe, daß die Haftungsausdehnung jedoch entfällt, sobald das verletzte Kind Leistungen von einem anderen Haftpflichtversicherer, einem Sozialversicherungsträger oder der öffentlichen Hand in Anspruch nehmen kann, und wenn nein, warum nicht?

23. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung den seit langem erwarteten und am 1. Januar 1979 fälligen Bericht über die mit dem Zweiten Wohnraumkündigungsschutzgesetz gemachten Erfahrungen bisher noch nicht vorgelegt, und wann ist mit der Vorlage dieses Berichts zu rechnen?

24. Abgeordneter **Schwarz** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung die Gesetzesvorlagen bekannt, die beinhalten, daß französische Gewaltverbrecher, die während der Haft Bücher über die Taten schreiben, deretwegen sie verurteilt sind, künftig keine Honorare mehr für diese „Fleißarbeiten" kassieren dürfen und daß die Honorare dieser „Gangstermemoiren" beschlagnahmt und an die Opfer der betreffenden Verbrechen verteilt werden können, und ist die Bundesregierung bereit, ein ähnliches Gesetz in die parlamentarische Beratung einzubringen?

25. Abgeordneter **Reddemann** (CDU/CSU)

In wieviel Fällen finden gegenwärtig nach dem der Bundesregierung vorliegenden Zahlenmaterial Verfahren gegen mutmaßliche NS-Verbrecher statt?

26. Abgeordneter **Reddemann** (CDU/CSU)

In wieviel Fällen hat nach dem der Bundesregierung vorliegenden Zahlenmaterial die Unterbrechung der Verjährung durch richterliche Handlung dazu geführt, daß im Fall einer generellen Verjährung von NS-Taten am 31. Dezember 1979 dennoch weiter ermittelt werden kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

27. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Aus welchen rechtlichen oder sachlichen Erwägungen hat die Bundesregierung bisher darauf verzichtet, dem Bundestag einen Gesetzentwurf zur Entschädigung der durch Maßnahmen des NS-Regimes zwangssterilisierten Bürger vorzulegen, und ist in absehbarer Zeit mit der Vorlage eines solchen Gesetzentwurfs zu rechnen?

28. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung begründen, warum kleineren selbständigen Schiffseignern der Binnenschiffahrt beim Löschen von Kohle bei Unternehmen mit Bundesbeteiligung, u. a. bei den VW-Werken in Wolfsburg und bei den Stahlwerken in Salzgitter, erhebliche Schwierigkeiten dadurch gemacht werden, daß bestimmte Laderaumgrößen verlangt werden, die von den Genannten nicht angeboten werden können?

29. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, die kleineren Schiffseigner insbesondere bei Unternehmen mit Bundesbeteiligung nicht von der Auftragsvergabe auszuschließen, zumal kleinere Schiffe aus der DDR und Polen anstandslos gelöscht werden?

30. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Bis zu welchem Zeitpunkt wird die Bundesregierung in der Lage sein, der am 7. Dezember 1978 vom Deutschen Bundestag einstimmig ausgesprochenen Aufforderung nachzukommen, über die steuerlichen Probleme bei der Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen und deren Veräußerung sowie über Möglichkeiten der Beseitigung dieser Probleme zu berichten?

31. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Wann wird die Bundesregierung die angekündigte Gesetzesinitiative zum „Negativen Kapitalkonto" in den Bundestag einbringen?

32. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Wird bei den Vorarbeiten an einem entsprechenden Gesetzentwurf das von mir in der schriftlichen Frage Nr. 364 vom Juli 1978 erwähnte „Kölner Modell" aus dem Sportbereich mit berücksichtigt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

33. Abgeordneter **Gobrecht** (SPD)

Welchen Stand haben die mehrfach in der Öffentlichkeit bekannt gewordenen Planungen der Bundesregierung, die auf Grund der Preisexplosion bei Erdöl und Erdgas nach der Erdölkrise angefallenen hohen Zusatzgewinne – der sogenannten Windfallprofits – aus inländischer Erdöl- und Erdgasförderung durch die Einführung einer Verbrauchsteuer teilweise abzuschöpfen?

34. Abgeordneter **Gobrecht** (SPD)

Wie hoch beziffert die Bundesregierung die jährlichen Wettbewerbsvorteile im Zusammenhang mit den Windfall-profits der Unternehmen mit inländischer Erdöl- und Erdgasförderung gegenüber den inländischen Unternehmen, denen keine inländischen Quellen zur Verfügung stehen, und welche Folgerungen beabsichtigt die Bundesregierung aus diesen Wettbewerbsvorteilen zu ziehen, wenn sie keine Verbrauchsbesteuerung der Windfall-profits vornehmen will?

35. Abgeordnete **Frau Simonis** (SPD)

Trifft es zu, daß die Kraftwerkunion über Hermes-Bürgschaften hinaus aus ERP-Mitteln 1,8 Milliarden DM als Zuschüsse für Exporte nach Brasilien erhalten hat, und welche Auflagen zur Einhaltung von Non-Proliferationsgarantien wurden bejahendenfalls an diese Kredite gestellt, bzw. welche sonstigen Zuschüsse und Hilfen wurden der Kraftwerkunion darüber hinaus gewährt?

36. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Trifft es zu, daß – laut Bericht der Frankfurter Zeitung vom 21. Dezember 1978 – die Fritz-Werner-Industrieausrüstungs-GmbH in Geisenheim, eine 100prozentige Tochter der bundeseigenen DIAG (Deutsche Industrieanlagen AG), am 21. November 15216 Handschellen und 300 Schlagstöcke mit Elektroschockwirkung an den Iran geliefert hat, und wie beurteilt die Bundesregierung gegebenenfalls dieses Handelsgeschäft angesichts der derzeitigen innenpolitischen Situation im Iran?

37. Abgeordneter **Jungmann** (SPD)

Plant die Bundesregierung, entgegen den vom Bundeskabinett verabschiedeten Grundsätzen, wonach keine Waffen in Spannungsgebiete exportiert werden dürfen, einer bundesrepublikanischen Firma, die eine größere Zahl von Schnellfeuergewehren an den Iran liefern will, die Exporterlaubnis zu erteilen?

38. Abgeordneter **Jungmann** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, der Firma, die die Schnellfeuergewehre an den Iran exportieren will, angesichts der dortigen angespannten innenpolitischen Situation eine staatliche Ausfallbürgschaft zu gewähren?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

39. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Entspricht die in einer Anzeige der Bundesregierung verbreitete Aussage den Tatsachen, daß von den 248 000 qkm der Bundesrepublik Deutschland nur 10 v. H. bebaut und 90 v. H. Natur seien, oder gibt es vielmehr in Wirklichkeit – wie der Journalist Horst Stern in einer Kritik an der Anzeige der Bundesregierung meint (DFS 24. November 1978, Hier und Heute) – nur noch 5 v. H. nicht intensiv genutzter Fläche, also tatsächlicher Natur, und ist es demnach falsch, den Eindruck zu verbreiten, wir verfügten noch über riesige Reserveflächen an Natur?

40. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Hat der Bundeskanzler erklärt, der Gemeinsame EG-Agrarmarkt sei bereits degeneriert, und es gebe in Wirklichkeit schon lange keine gemeinsamen Agrarpreise mehr (DFS 22. Dezember 1978), und wenn ja, welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung daraus zu ziehen?

41. Abgeordneter **Schartz (Trier)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, in welcher Höhe je ha in der Europäischen Gemeinschaft der Anbau von Weinreben sowohl bei Tafelwein wie auch bei Qualitätswein gefördert wird, und hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, wie sich diese Förderungsmittel aus nationalen und europäischen Finanzmitteln zusammensetzen?

42. Abgeordneter **Schartz (Trier)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß durch kürzlich erfolgte Beschlüsse der EG in der Bundesrepublik Deutschland keine Neuanpflanzungen von Weinreben mit Ausnahme von Neuanpflanzungen im Rahmen von Zusammenlegungsverfahren mehr erfolgen dürfen, daß aber andererseits in anderen Mitgliedsstaaten der EG die Anpflanzung von Weinreben zum Zweck der Qualitätsweinerzeugung weiter erlaubt ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

43. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, die Vorstellungen des Hamburger Bürgermeisters Klose, das „Recht auf Arbeit“ notfalls mit staatlichen Eingriffen zu sichern und „neue ökonomische Ansätze an den Bedürfnissen und Rechten der Menschen zu orientieren“, aufzugreifen?

44. Abgeordneter **Bühling** (SPD)

Trifft es zu, daß Dienstordnungsangestellte arbeitslos werden können, wenn ihre Krankenkasse aufgelöst oder geschlossen wird, und beabsichtigt die Bundesregierung gegebenenfalls, diese Folgen aus der Auflösung einer Krankenkasse durch Änderung bzw. Klarstellung des § 290 RVO zu vermeiden?

45. Abgeordneter **Dr. Enders** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob für gesundheitsgeschädigte Arbeitnehmer genügend Arbeitsplätze für leichte Arbeiten, vorwiegend im Sitzen, ohne Unfallgefährdung, in geschlossenen, normaltemperierten, staubarmen Räumen zur Verfügung stehen, an denen sie nach Anweisung der Rententräger ohne Zeitdruck vollschichtig arbeiten können?

46. Abgeordneter **Dr. Enders** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, falls nicht genügend Arbeitsplätze mit den genannten Kriterien zur Verfügung stehen, diesen Passus zur Ablehnung der Rentenanträge gesundheitsgeschädigter Arbeitnehmer als unreal zu verhindern, damit allein auf Grund des gesundheitlichen Gutachtens der Arbeitsbehörde die Rente bewilligt werden kann?

47. Abgeordneter **Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, wie hoch sich die Ausgaben aller Träger der gesetzlichen Krankenversicherung sowie der übrigen Krankenversicherungen für die Krankenhausversorgung ihrer Versicherten in den Jahren 1977/78 beliefen, und wie hoch jeweil der Personenkostenanteil einschließlich aller sogenannten Personalnebenkosten ist?

48. Abgeordneter **Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein** (CDU/CSU)

Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, um wieviel sich der Personalkostenanteil an den Gesamtausgaben für den Bereich Krankenhaus erhöhen würde, wenn für alle im Krankenhaus Beschäftigten die 35-Stunden-Woche durch Tarifvertrag vereinbart würde?

49. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag, zur sozialen Wiedereingliederung ehemaliger Drogenabhängiger ein Arbeitsplatzbeschaffungsprogramm des Bundes und der Länder mit dem Ziel aufzulegen, den für Rehabilitationszwecke Arbeitsplätze zur Verfügung stellenden Firmen einen Teil des damit verbundenen finanziellen Risikos abzunehmen, und kann die Bundesregierung angeben, welche Mittel erforderlich wären, wenn für jeden Rehabilitanten ein Jahr lang die Lohnkosten zur Hälfte von der öffentlichen Hand getragen würden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

50. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß im Auftrag von Bundesminister Dr. Apel vor der Veröffentlichung einer Untersuchung, aus der hervorgeht, daß die geistige Leistungsfähigkeit der aus Bayern stammenden Wehrpflichtigen fast immer über dem Durchschnitt lag und diese mittlerweile den Spitzenplatz eingenommen haben, gewarnt wurde, weil angeblich die Veröffentlichung gegen die Verschlußsachenvorschrift verstößt, oder welche Motive haben die Bundesregierung gegebenenfalls zu diesem Verhalten veranlaßt, falls die vermutete Begründung nicht zutrifft?

51. Abgeordneter **Weiskirch (Olpe)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß bei Überlegungen zur Kampfwertsteigerung des „Alpha-Jet" eine Erhöhung des Triebwerkschubs um mindestens 20 v. H. vom Bedarfsträger gefordert wird, damit die Luftnahunterstützungsversion mit normalem Gefechtsgewicht auch unter „Heißtag"-Bedingungen auf den normalen Luftwaffenflugplätzen starten kann?

52. Abgeordneter **Weiskirch (Olpe)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß in der Erprobung des MRCA Mängel aufgetreten sind, deren Beseitigung finanzielle Aufwendungen für Nachentwicklungen in Höhe von voraussichtlich über eine halbe Milliarde DM erforderlich machen?

53. Abgeordnete **Frau Will-Feld** (CDU/CSU)

Welche Folgerungen wird die Bundesregierung daraus ziehen, daß die Bürger in Bereichen von massiert angelegten Flugplätzen, die dazu noch in Regionen liegen, deren Haupterwerb im Fremdenverkehr besteht, besonderen Fluglärmbelästigungen ausgesetzt sind?

54. Abgeordnete **Frau Will-Feld** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Meinung, daß in diesen Fällen besonderer Fluglärmbelästigung Bürger aus Gründen der Verteidigungsbereitschaft zu solch erheblichen Opfern für die Allgemeinheit herangezogen werden, daß sie ähnlich wie in Berlin bei Fluglärm finanziell entschädigt werden sollten?

55. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung zur Minderung der militärischen Fluglärmprobleme in Südwestdeutschland, über die auf einer im April stattfindenden Konferenz, welche von Bundesverteidigungsminister Dr. Apel in der Presse vom 3. und 4. Januar anläßlich eines Besuchs auf den kanadischen NATO-Flugplätzen Lahr und Söllingen angekündigt wurde, gesprochen werden soll, und welche Schwierigkeiten standen entsprechenden Lösungen bisher entgegen?

56. Abgeordnete **Frau Krone-Appuhn** (CDU/CSU)

Welche Konsequenz zieht die Bundesregierung aus der Untersuchung von Frau Gerber, aus der hervorgeht, daß Kinder, deren Eltern häufig versetzt werden, schwere Verhaltensstörungen bekommen, bezüglich der Versetzungshäufigkeit der Soldaten der Bundeswehr?

57. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß – wie die Presse gemeldet hat – Nato-Oberbefehlshaber General Haig vor den „hemmungslosen Rüstungsanstrengungen" der Sowjetunion gewarnt und unter anderem festgestellt hat, daß die sowjetischen Einheiten 5200 neue Schützenpanzer erhalten haben und 75 v. H. der sowjetischen Luftstreitkräfte im vorderen Raum sich aus Offensivmaschinen der „3. Generation" zusammensetzen, und wie ist bejahendenfalls diese Aussage von General Haig mit der wiederholt auch von der Bundesregierung erklärten Entspannungsbereitschaft der Sowjetunion vereinbar?

58. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, daß in der DDR die Produktion von Gaskampfstoffen zur militärischen Verwendung erfolgt?

59. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, daß die Armee der DDR mit dem Einsatz giftiger Gaskampfstoffe vertraut gemacht wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

60. Abgeordneter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, entsprechend der Erklärung des Vertreters des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit anläßlich der Hauptversammlung des Bundesfachverbands der Heilmittelindustrie 1978 in Berlin, eine angemessene Übergangsfrist von mindestens zwölf Monaten für die Unterstellung von Arzneimitteln unter die Verschreibungspflicht vorzusehen, um den Herstellern verlustsparende Dispositionsmöglichkeiten zu geben?

61. Abgeordnete **Frau Funcke** (FDP)

Wie hoch stellen sich nach den diesbezüglichen Ermittlungen der Bundesregierung die jährlichen Kosten für die Ausbildung in der Krankenpflege pro Person an Personalkosten, Sachkosten bzw. Ausbildungsvergütung?

62. Abgeordneter **Dr. Jens** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung unter kartellrechtlichen Gesichtspunkten und im Hinblick auf Arzneimittelsicherheit die unkontrollierbare Vergabe von Arzneimittelmustern an Ärzte, und ist sie gegebenenfalls bereit, die Vergabe durch die Arzneimittelindustrie zu verbieten?

63. Abgeordnete **Frau Dr. Däubler-Gmelin** (SPD)

Welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um die Verwendung kindersicherer Verschlüsse bzw. Verpackungsformen für Arzneimittel und als Bedarfsmittel im Sinne des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes anzusehende, sogenannte Haushaltsgifte, z. B. Putz- und Reinigungschemikalien, rechtlich bindend vorzusehen?

64. Abgeordnete **Frau Dr. Däubler-Gmelin** (SPD)

Wann werden diese Bemühungen voraussichtlich mit Erfolg abgeschlossen sein?

65. Abgeordneter **Dr. Geßner** (SPD)

Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, daß eine wissenschaftlich fundierte Bestandsaufnahme in der Gesundheitserziehung erstellt wird?

66. Abgeordneter **Dr. Geßner** (SPD)

Wenn ja, ist sie bereit, entsprechende Initiativen zu ergreifen?

67. Abgeordneter **Dr. Bötsch** (CDU/CSU)

Treffen Informationen zu, daß bei den Verhandlungen über den Anschluß Portugals an die Europäische Gemeinschaft der Schutz des fränkischen Bocksbeutels gegenüber ähnlichen Flaschenformen aus Portugal bisher nicht zur Sprache kam?

68. Abgeordneter **Dr. Bötsch** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, im Rahmen der Verhandlungen diese Frage nachträglich mit einzuführen, falls die einschlägigen, seit Jahren geführten bilateralen Gespräche scheitern?

69. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)

Welche gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnisse haben das Bundesgesundheitsamt bewogen, die clofibrathaltigen Arzneimittel am 15. Januar 1979 aus dem Markt zu nehmen?

70. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)

Sind in diesen wissenschaftlichen Untersuchungen genügend umfangreiche Fallzahlen enthalten, um eindeutige Aussagen mit statistisch genügender Wahrscheinlichkeit zu machen, die ein Verbot der zum Abbau von Risikofaktoren vor Herzinfarkt geeigneten clofibrathaltigen Arzneimittel rechtfertigen?

71. Abgeordneter **Glos** (CDU/CSU)

Welchen Standpunkt nimmt die Bundesregierung in der öffentlichen Diskussion über die angebliche Gesundheitsgefährdung ein, die vom Genuß des Bieres ausgehen soll?

72. Abgeordneter **Glos** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung in der Lage, eine Bewertung der vorliegenden Untersuchungsergebnisse des Deutschen Krebsforschungszentrums in Heidelberg über die angebliche Gesundheitsgefährdung durch Biergenuß zu geben, und welche Auffassung hat dazu insbesondere das Bundesgesundheitsamt in Berlin?

73. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)

Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse, die bestätigen, daß der maßvolle Biergenuß unschädlich ist?

74. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um der von der jüngsten Diskussion über die angebliche Gesundheitsgefährdung des Biers ausgehenden Verunsicherung von Millionen Mitbürgern Einhalt zu gebieten?

75. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

War der Bundesregierung das Ergebnis der Untersuchungen des staatlichen Krebsforschungszentrums in Heidelberg bekannt, wonach zahlreiche Biersorten die krebserregende Substanz Nitrosamin enthalten, und was gedenkt sie dagegen zu unternehmen?

76. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

In welchem Umfange fördert die Bundesregierung die Deutsche Krebsforschung, und welche Stellung nimmt die Förderung im Rahmen des Gesamtprogramms „Forschung und Technologie im Dienste der Gesundheit" ein?

77. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, wie die Deutsche Krebsforschung national und international koordiniert ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

78. Abgeordneter **Heyenn** (SPD)

Trifft es zu, daß die Beförderungsbedingungen der Deutschen Lufthansa AG, Köln, Regelungen enthalten, die gemäß dem Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB-Gesetz) unzulässig sind, wie z. B. Haftungsbeschränkungen bei vorsätzlichen Überbuchungen, Ausschluß der Haftung für Auskünfte der Bediensteten, Unverbindlichkeit von telefonischen Buchungen und auf dem Ticket angegebenen Verkehrszeiten, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

79. Abgeordneter **Heyenn** (SPD)	Welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung, über das Bundesverkehrsministerium oder den Aufsichtsrat der Deutschen Lufthansa auf die Beförderungsbedingungen Einfluß zu nehmen, und wird sie eine Änderung der Beförderungsbedingungen unter Berücksichtigung des AGB-Gesetzes und des kürzlich ergangenen Urteils des Bundesgerichtshofs zur Schadensersatzpflicht bei Überbuchungen sicherstellen?
80. Abgeordneter **Wolfram (Recklinghausen)** (SPD)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Reinigung von Autoabgasen mit Katalysatoren, und welche internationalen Erfahrungen sind ihr bekannt?
81. Abgeordneter **Wolfram (Recklinghausen)** (SPD)	Beabsichtigt die Bundesregierung, in absehbarer Zeit Vorschläge vorzulegen, gesetzliche Regelungen anzustreben oder zumindest den Einbau von Katalysatoren zur Autoabgasreinigung auf freiwilliger Basis zu fördern?
82. Abgeordneter **Dr. Ahrens** (SPD)	Wird die Bundesregierung die Gefahren, die aus der Verwendung uneinheitlicher Verschlußsysteme von Autosicherheitsgurten entstehen zum Anlaß nehmen, eine entsprechende Initiative zu ergreifen?
83. Abgeordneter **Dr. Ahrens** (SPD)	Hält die Bundesregierung die in DIN 75 400 vorgesehene Beschränkung auf vier Drucktastenanordnungen bei Sicherheitsgurten für ausreichend?
84. Abgeordnete **Frau Dr. Hartenstein** (SPD)	Trifft es zu, daß die Deutsche Lufthansa ihre gesamte Boeing 737-Flotte gegen 32 neue Maschinen desselben Typs in gestreckter Version austauschen will, und entsprechen diese Maschinen den seit 6. Oktober 1977 gültigen verschärften Lärmgrenzwerten des amendment 3 der ICAO-Richtlinien Annex 16?
85. Abgeordnete **Frau Dr. Hartenstein** (SPD)	Welche Möglichkeiten hat der Bundesverkehrsminister, bei der Deutschen Lufthansa darauf einzuwirken, daß sie durch eine entsprechende Option die Entwicklung der kleineren Version des Airbusses, das sog. J. E. T.-Projekt, unterstützt und damit die entsprechenden Arbeitsplätze in der Airbus-Industrie sichern hilft?
86. Abgeordneter **Menzel** (SPD)	Trifft es zu, daß im bundesdeutschen Straßenverkehr Kinder mehr gefährdet sind als in anderen Ländern, wie aus Pressemeldungen zu entnehmen ist, und worin sieht die Bundesregierung gegebenenfalls die Ursachen?
87. Abgeordneter **Menzel** (SPD)	Welche Konsequenzen gedenkt sie daraus zu ziehen?
88. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)	Welchen Umfang erreichen die Kiesentnahmen in der Rheinebene zur Bewerkstelligung der Geschiebebeigabe in Verbindung mit der Rheinstaustufe Iffezheim, und sieht die Bundesregierung Schwierigkeiten, die entsprechenden Kiesmengen auf unbeschränkte Dauer aufzubringen, sofern auf den Bau einer weiteren Rheinstaustufe bei Au/Neuburgweier verzichtet werden sollte?

89. Abgeordneter **Hoffie** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß das Fehlen eines Ordnungsprinzips für die Förderung des Cockpitpersonals bei Teilen des Bedarfsluftverkehrs direkt die Sicherheit des Luftverkehrs gefährden kann, weil sach- und fachgerechte Entscheidungen eines Flugkapitäns bei der Flugdurchführung, die oft mit erheblichen Mehrkosten verbunden sind, eine Gefahr für dessen Arbeitsplatz bedeuten können, und wenn ja, welche Konsequenzen zieht sie daraus?

90. Abgeordneter **Hoffie** (FDP)

Ist der Bundesregierung darüber hinaus bekannt, daß eine Luftverkehrsgesellschaft des Bedarfsluftverkehrs nach eigenem Urteil einige ihrer Flugzeugführer als fliegerisch und charakterlich völlig ungeeignet beurteilt, sie aber gleichwohl weiterhin als Kommandanten einsetzt, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um sicherzustellen, daß das Cockpitpersonal bei allen Luftverkehrsgesellschaften die Bestimmungen des Luftverkehrsgesetzes hinsichtlich der Verantwortung für die Sicherheit des Luftverkehrs uneingeschränkt einhalten kann?

91. Abgeordneter **Pohlmann** (CDU/CSU)

Welche rechtlichen Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, damit auch bei plötzlich auftretendem Glatteis, wie z. B. bundesweit am 8. Dezember 1978, sichergestellt ist, daß Einsatzfahrzeuge von Polizei, Feuerwehr, DRK etc. Unfallstellen sicher und schnell erreichen und Verletzte bergen können?

92. Abgeordneter **Pohlmann** (CDU/CSU)

Ist u. a. in diesem Zusammenhang daran gedacht, durch eine Ausnahmeregelung zu gestatten, daß bei derartigen Wetterbedingungen Polizei- und Rettungsfahrzeuge Spikesreifen aufziehen dürfen?

93. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung alle Möglichkeiten – und gegebenenfalls mit welchen Ergebnissen, insbesondere hinsichtlich der Kosten – geprüft, wie die im Personenverkehr angeblich mit zu hohen Kosten belasteten Eisenbahnstrecken rationeller betrieben werden könnten, notfalls auch unter eingeschränkten Leistungen, wie z. B. im Einmannbetrieb unter Inkaufnahme längerer Haltezeiten auf den Bahnhöfen und, dadurch bedingt, insgesamt längerer Fahrzeiten, anstatt auf diesen Strecken den Personenverkehr von der Schiene auf die Straße zu verlegen, was in der Regel erheblich längere Fahrzeiten zur Folge hat und in vielen Fällen zu völlig unbefriedigenden Transportverhältnissen führt?

94. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, durch zusätzliche Investitionsmaßnahmen rasch die erforderlichen Infrastrukturen zu schaffen, wenn wesentliche Verkehrszuwächse infolge der Einführung von Straßenverkehrsteuern im Verkehr mit Nachbarländern zu verzeichnen oder mit großer Sicherheit zu erwarten sind?

95. Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)

Welche nötigen Schritte hat die Bundesregierung unternommen, nach dem Bekanntwerden des Pilotenstreiks der British Airways, auch im Berlin-Verkehr in Gesprächen mit den Alliierten sicherzustellen, daß der einzige freie Zugang nach Berlin uneingeschränkt funktioniert?

96. Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, bei den Schutzmächten darauf hinzuwirken, daß bei Streiks der Mitarbeiter der alliierten Fluggesellschaften geeignete Schritte durch die Alliierten unternommen werden, den Flugverkehr zu gewährleisten?

97. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, dafür Sorge zu tragen, daß die Deutsche Bundespost auf Grund ihrer Monopolstellung im Telefonverkehr und ihrer wesentlich gebesserten Ertragslage die erforderlichen Telefonanschlüsse für Notrufmelder bereitstellt, ohne dafür Einrichtungs- und Benutzungsgebühren zu erheben?

98. Abgeordneter **Kroll-Schlüter** (CDU/CSU)

Gewährt die Oberpostdirektion Karlsruhe nur Sonderurlaub für Maßnahmen zur „Ausbildung von Jugendgruppenleitern" und nicht für Schulungsmaßnahmen zur „Fortbildung von Jugendleitern", und wenn ja, warum?

99. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen wurde der zum Ausgleich für die neue Mittelwelleneinteilung nötige Mittelwellensender Thurnau des Deutschlandfunks nicht zu dem Zeitpunkt sendefertig gestellt, an dem der Genfer Lang- und Mittelwellenplan im letzten Jahr in Kraft getreten ist, und besteht nicht durch die Verzögerung die Gefahr, daß der Deutschlandfunk den gesetzlichen Auftrag, mit seinen Sendungen sowohl für Deutschland, insbesondere für Mittel- und Ostdeutschland, als auch für das europäische Ausland ein umfassendes Bild Deutschlands zu vermitteln, nicht mehr nachkommen kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

100. Abgeordneter **Spitzmüller** (FDP)

Welche finanziellen Mittel stehen insgesamt für Hilfen im Gesundheitswesen für die Dritte Welt von seiten der Bundesregierung zur Verfügung, und welche Erfahrungen sind auf diesem Gebiet, insbesondere bezüglich der Akzeptanz und des Nutzens, gemacht worden?

101. Abgeordneter **Spitzmüller** (FDP)

Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit bei solchen Programmen mit der Weltgesundheitsorganisation und mit nichtstaatlichen Institutionen in der Bundesrepublik Deutschland?

102. Abgeordneter **Höffkes** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, aus den freien oder nicht abgerufenen Finanzmitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit Projekte zur Linderung des Flüchtlingselends in Südostasien bereitzustellen, und wenn ja, in welchem Umfang und in welcher Form?

103. Abgeordneter **Höffkes** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung dem Hohen Kommissar für Flüchtlingsfragen bei den Vereinten Nationen Mittel zur Finanzierung von Vorhaben angeboten, die der Hilfe für die Flüchtlingsbewegungen im südostasiatischen Raum dienen, und wäre die Bundesregierung im Falle der Verneinung dieser Frage dazu bereit?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

104. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Haben die vom Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes in seinem Brief vom 6. Dezember 1973 an den Chef des Bundeskanzleramts genannten Waffengeschäfte des Bundesnachrichtendienstes (abgedruckt in der „Welt" vom 12. Dezember 1978) geltendem Straf- und Verfassungsrecht entsprochen, und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung in Zweifelsfällen zur Aufklärung dieser Geschäfte in strafrechtlicher und disziplinarrechtlicher Hinsicht ergriffen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

105. Abgeordneter **Dr. Althammer** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung unternommen, um mit der sozialistisch-föderativen Republik Jugoslawien eine Vereinbarung über die Pflege deutscher Kriegsgräber in Jugoslawien zu erreichen?

106. Abgeordneter **Dr. Althammer** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, unabhängig vom Abschluß eines allgemeinen Abkommens mit Jugoslawien, das Gräberfeld von 3 000 deutschen Kriegstoten in Zagreb in einen würdigen Zustand zu versetzen?

107. Abgeordneter **Dr. Corterier** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, welche Aktivitäten die südafrikanische Foreign Affairs Association in der Bundesrepublik Deutschland unternommen hat und derzeitig noch unternimmt?

108. Abgeordneter **Dr. Corterier** (SPD)

Wie stellt sich die Bundesregierung im Hinblick auf unsere Beziehungen zur Republik Südafrika zu der Tatsache, daß die Foreign Affairs Association sich unter dem Vorwand, sie sei eine unabhängige private Organisation, an Politiker und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in der Bundesrepublik Deutschland gewandt hat, zum Teil mit Einladungen in die Republik Südafrika, während es sich jetzt herausgestellt hat, daß es sich um eine von der südafrikanischen Regierung finanzierte und gesteuerte Organisation handelt, die derartige Kontakte im Sinne der südafrikanischen Regierung genutzt hat, auch wenn dies den Absichten derjenigen Persönlichkeiten widersprochen hat, mit denen sie in Kontakt getreten ist?

109. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die polnische Regierung sich weigert, Interventionsnotizen für ausreisewillige Deutsche entgegenzunehmen, wenn ein Familienmitglied als Besucher in der Bundesrepublik Deutschland geblieben ist, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls unter Berufung auf die KSZE-Schlußakte und den Internationalen Menschenrechtspakt zu tun?

110. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

In welcher Weise können die von der rumänischen Regierung eingehaltenen langen Fristen von vielen Jahren bei der Gewährung einer Heiratserlaubnis durch Verhandlungen mit dem Hinweis auf die menschenrechtlichen Verpflichtungen, die auch die rumänische Regierung übernommen hat, auf ein für die Betroffenen erträgliches Maß reduziert werden?

111. Abgeordnete **Frau Simonis** (SPD)

Trifft es zu, daß sich Angehörige des deutschen Generalkonsulats erst nach teilweise fünf Tagen um die durch das Schneechaos steckengebliebenen deutschen Urlauber gekümmert haben, die in einer dänischen Schule vom dänischen Roten Kreuz versorgt wurden (Berichte des NDR vom 3. Januar 1979 bzw. Berichte dänischer Zeitungen), und wie kann die Bundesregierung bejahendenfalls sicherstellen, daß in ähnlichen Fällen Konsulate und Botschaften auch an Feiertagen als Anlaufstelle zur Verfügung stehen?

112. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung Hinweise darauf, daß die tschechoslowakische Exilregierung mit Wirkung für die Tschechoslowakei in den Jahren 1941 bis 1945 den West-Alliierten zugesagt hat, die Vermögensverluste der seinerzeit auszuweisenden Sudetendeutschen zu entschädigen (vgl. Alfred M. de Zayas, „Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen", München 1978, Seite 35)?

113. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung Einzelheiten über einen zwischen den USA und der „DDR" auszuhandelnden Vermögensvertrag bekannt?

114. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung getan, um die Ausreise der rußlanddeutschen Familie Heinrich Reimer zu ermöglichen, und wird die Bundesregierung sich nachdrücklich für die Ausreise der Familie Reimer bei der Moskauer Regierung einsetzen?

115. Abgeordnete **Frau Erler** (SPD)

Wieviel Zeit verging nach Eingang der Frage des BDI nach Einzelheiten der Berichterstattung über den EG-Verhaltenskodex für Südafrika bis zur Beantwortung durch die Bundesregierung, und welchen Inhalt hatte die Antwort?

116. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung gegenüber der „Geisterseherthese vom ‚gesamtdeutschen Staat' . . , die von den Verbalnoten der Bundesregierung durch die Hintertür einer Banalität ins Spiel gebracht werden sollte" (vgl. Leserbrief der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 6. Januar 1979) bestätigen, daß während der Verhandlungen die deutschen Verhandlungsführer die polnische Seite wiederholt darauf hingewiesen haben, daß die Bundesregierung nur im Namen der Bundesrepublik Deutschland handeln und nicht Verfügungen für ganz Deutschland treffen kann, mit der Folge, daß auch die Volksrepublik Polen „die Bundesrepublik Deutschland nicht (hatte) für befugt halten können, Verfügungen zu treffen, die eine friedensvertragliche Regelung vorweg nehmen" (Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 7. Juli 1975)?

117. Abgeordneter **Gerster (Mainz)** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um eine wirksame und dauerhafte internationale Hilfsaktion für die Flüchtlinge aus Vietnam zustande zu bringen?

B. Schriftliche Anfragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter **Gerlach (Obernau)** (CDU/CSU)

Welches Ergebnis hatte das vom ehemaligen Ministerialdirektor des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, Dr. Müller, im Zusammenhang mit den Vorgängen um seine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand gegen sich selbst beantragte Disziplinarverfahren, bzw., falls es noch nicht abgeschlossen ist, wie ist der Stand, und bis wann ist mit dem Ergebnis zu rechnen?

2. Abgeordneter **Gerlach (Obernau)** (CDU/CSU)

Welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen, Dr. Müller anderweitig zu verwenden, damit aus dem Bundeshaushalt nicht rund 80 000 DM pro Jahr ohne Gegenleistung bloß deshalb erbracht werden müssen, weil er in einem Fall ein Prinzip verletzte, wie Staatssekretär Bölling in der Fragestunde vom 9. März 1978 erklärte?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

3. Abgeordneter **Dr. Schwencke (Nienburg)** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, die Arbeit des Deutschen Krankenhauses Istanbul, die seit 135 Jahren geschieht und durch die Gesellschaft der Freunde und Förderer des Deutschen Krankenhauses Istanbul e. V. unterstützt wird, weiterhin zu fördern und gegebenenfalls den Beitrag, der seit vielen Jahren stagniert, zu erhöhen?

4. Abgeordneter **Würzbach** (CDU/CSU)

Haben sich offizielle sowjetische Dienststellen oder Diplomaten der UdSSR an Behörden oder Diplomaten der Bundesrepublik Deutschland gewandt, um die Bundesrepublik Deutschland von Waffenverkäufen an die Volksrepublik China abzuhalten, und – trifft dies zu – wie haben dazu Bundesregierung bzw. ihre diplomatischen Vertreter darauf geantwortet?

5. Abgeordneter **Eymer (Lübeck)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob sich in spanischen Gefängnissen eine große Zahl deutscher Touristen befindet, deren Interessen zum Teil gar nicht, zum Teil sehr mangelhaft von der deutschen Botschaft in Madrid wahrgenommen werden und die zum Teil wegen Delikten in Haft sind, die nur in Spanien, nicht aber in der Bundesrepublik Deutschland existent sind, und wenn dies der Fall ist, welche Schritte gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, daß diese deutschen Staatsbürger den Schutz erhalten, der ihnen zusteht?

6. Abgeordneter **Eymer (Lübeck)** (CDU/CSU)	Vertritt die Bundesregierung die Auffassung, daß solche Deutschen nicht zusätzlich dadurch bestraft werden sollten, daß ihnen der Kontakt zu ihren Familien genommen wird, und daß im Einvernehmen mit den spanischen Behörden eine Überstellung an die deutsche Justiz erfolgen soll, die sowohl dem deutsch-spanischen Verhältnis als auch dem Zusammenhalt der betroffenen Familien nur dienen könnte?
7. Abgeordnete **Frau Schlei** (SPD)	Hat die Bundesregierung Informationen darüber, daß der Prozeß gegen 30 führende Mitglieder der tunesischen Gewerkschaft UGTT und die dabei gefällten Urteile den Gesetzen des Landes und der auch von Tunesien unterzeichneten allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen nicht entsprechen, und wie viele Menschen im Verlauf der Repressionen gegen UGTT-Mitglieder politischer Verfolgung ausgesetzt worden sind, und sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, auf die tunesische Regierung mit dem Ziel einer Haftentlassung für die Betroffenen einzuwirken, notfalls auch durch das Angebot ihrer Aufnahme in der Bundesrepublik Deutschland?
8. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)	Stimmt die Bundesregierung der Auffassung zu, daß die vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen für den Dekolonisierungsprozeß eines noch unter Kolonialherrschaft stehenden Gebiets aufgestellten Kriterien (Antwort vom 13. Dezember 1978) Ausfluß des in der UN-Charta enthaltenen Prinzips der „Selbstbestimmung der Völker" (Artikel 1 Ziff. 2) sind und daher folgerichtig für alle Völker, auch für die Wahlen in souveränen Staaten gelten müssen, wenn man nicht die Auffassung vertreten will, der Dekolonisierungsprozeß stehe unter einem diskriminierenden Sonderrecht in bezug auf die Ausübung des Rechts auf Selbstbestimmung?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

9. Abgeordneter **Jung** (FDP)	Hält es die Bundesregierung für vertretbar, daß sich gewisse Versicherungsgesellschaften und Bausparkassen dadurch Wettbewerbsvorteile verschaffen, daß sie für die üblichen Agenturleistungen (Beratung und Policenverkauf) – gegen geringe Anerkennungszahlungen – Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes anwerben, und was gedenkt die Bundesregierung in ihrem Verantwortungsbereich zu tun, daß diese Agenturleistungen in aller Regel während der Dienstzeit des jeweiligen Quasiagenten erbracht werden?
10. Abgeordneter **Jung** (FDP)	Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß hier sowohl Wettbewerbsverzerrungen eintreten als auch Arbeitsplätze von selbständigen Versicherungs- und Bausparkassenagenten vorenthalten werden, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
11. Abgeordneter **Würtz** (SPD)	Wann ist mit der Fertigstellung der von der Bundesregierung angekündigten Verordnung über die Berufsausbildung zum Verwaltungsangestellten (siehe auch Bw-Aktuell vom 19. Oktober 1978) durch den Bundesinnenminister zu rechnen?

12. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Sind der Bundesregierung die offensichtlichen Benachteiligungen von Personen bekannt, die als freiwillige Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung zwar Anspruch auf Beihilfe nach den Beihilfevorschriften haben, bei der Berücksichtigung bestimmter Sachleistungen in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) durch das Beihilferecht aber anders behandelt werden als Mitglieder der privaten Krankenversicherung (PKV), und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diese unterschiedliche Behandlung von Sachleistungen und Kosten auszuschließen?

13. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Wird daran gedacht, freiwillig in der GKV versicherten Beamten einen Beitragszuschuß zum Ausgleich ihrer Eigenbelastung zu gewähren, nachdem PKV-Versicherte ihre Eigenbelastung über die Zahlung von Beihilfen niedrig halten und nur Teilaufwendungen selber absichern müssen?

14. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Wie sollen künftig freiwillig in der GKV versicherte Personen mit Anspruch auf Beihilfe, die nach 1981 in Pension und Rente gehen, wegen der Vorschriften in Artikel 3 des Einundzwanzigsten Rentenanpassungsgesetzes bezüglich ihres Krankenversicherungsschutzes behandelt werden?

15. Abgeordneter **Conrad** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung mir Auskunft darüber geben, wie viele Kinder und wie viele Jugendliche in Bundesleistungszentren sportlich ausgebildet werden?

16. Abgeordneter **Conrad** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung das sportliche Hochleistungstraining des genannten Kreises im Zusammenhang mit dem Verbot der Kinderarbeit und den Jugendarbeitsschutzbestimmungen?

17. Abgeordneter **Conrad** (CDU/CSU)

Mit welchen Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu verhindern, daß Kinder und Frühjugendliche mit der Ausübung des Hochleistungssports aus falsch verstandenem Ehrgeiz der unmittelbaren und mittelbaren Umwelt zu körperlichen und seelischen Frühinvaliden in späteren Jahren heranwachsen?

18. Abgeordneter **Dr. Schwencke (Nienburg)** (SPD)

Kann die Bundesregierung eine „Katastrophenmeldung" den gefährlich hohen Salzgehalt der Weser betreffend, bestätigen, die in diesen Tagen dadurch die Bevölkerung insbesondere der Mittel- und Oberweser alarmierte, daß auf Grund von Industrieabflüssen aus der DDR der Salzgehalt der Weser auf ca. das sechsfache gestiegen sei, so daß mit einem totalen Fischesterben im Fluß zu rechnen ist, und welche Schritte hat die Bundesregierung bereits unternommen, bzw. beabsichtigt sie zu unternehmen, um die DDR zur Einhaltung internationaler Umweltschutzbestimmungen aufzufordern und die strikte Beachtung zu veranlassen?

19. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Welches Ergebnis hat die in der Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesinnenminister vom 28. Dezember 1976 (Nr. D III 6 – 213 100–1/Id) an Herrn Kollegen Röhner angekündigte Prüfung ergeben, „ob bei der nächsten Novellierung der Beihilfevorschriften für den Personenkreis, der Ansprüche nach § 10 Abs. 4 des Bun-

desversorgungsgesetzes hat, der bis zum 31. März 1976 geltende Rechtszustand aus Gründen des sozialen Besitzstands wieder hergestellt werden sollte"?

20. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Wie hoch waren in den Jahren 1976 und 1977 die Einsparungen an Beihilfe für den Bundeshaushalt durch die Änderung der Beihilfevorschriften vom 18. Dezember 1975 für schwerkriegsbeschädigte Beihilfeberechtigte und ihre Angehörigen, denen Ansprüche nach § 10 Abs. 2 bzw. § 10 Nr. 4 des Bundesversorgungsgesetzes zustehen, und wie hoch waren die Mehrausgaben für den Bundeshaushalt, die durch den Zwang der Inanspruchnahme von Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz verursacht wurden?

21. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß durch die in Nummer 13 Abs. 1 a der am 18. Dezember 1975 vorgenommenen Änderung der Beihilfevorschriften ausgerechnet Schwerkriegsbeschädigte dadurch benachteiligt wurden, daß sich für den schwerkriegsbeschädigten Beihilfeberechtigten der Beihilfebemessungssatz bei drei Kindern von vorher 70 v. H. auf 50 v. H. verringert hat, während im Fall eigener Berufstätigkeit des krankenversicherungspflichtigen Ehegatten eines Beihilfeberechtigten nach Nummer 13 Abs. 1 a der Beihilfevorschriften nur der Ehegatte nicht im Bemessungssatz zu berücksichtigen ist, wohl aber die Kinder, auch wenn sie aus dem Versicherungsverhältnis des Ehegatten des Beihilfeberechtigten Anspruch auf beitragsfreie Familienhilfe haben, die nach Art und Umfang der Krankenhilfe nach § 10 Abs. 4 des Bundesversorgungsgesetzes gleichkommt, und wenn ja, worin sieht die Bundesregierung die Rechtfertigung für diese Änderung?

22. Abgeordneter **Gerlach (Obernau)** (CDU/CSU)

Wie gedenkt die Bundesregierung ihrer Fürsorgepflicht gegenüber den Angehörigen der kriegsbeschädigten Beihilfeberechtigten nachzukommen, die auf die Ansprüche nach § 10 Abs. 4 des Bundesversorgungsgesetzes verwiesen werden und nach dem Ableben des Schwerkriegsbeschädigten oder seinem Herauswachsen aus der Verdienstgrenze keine Ansprüche nach § 10 Nr. 4 des Bundesversorgungsgesetzes mehr haben und dann wieder auf Beihilfe und restkostendeckende Krankenversicherung angewiesen sind, aber wegen ihres Alters oder Gesundheitszustands keine Versicherungsmöglichkeit mehr haben, Versicherungsausschlüsse in Kauf nehmen oder erhebliche Risikozuschläge zahlen müssen?

23. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung oder das ihr nachgeordnete Bundesumweltamt, Erfahrungen, welche Umweltbelastungen in größtmöglicher Auslegung die Errichtung eines Sulfatzellstoffwerks nach sich ziehen wird, und welche Auswirkungen zum Beispiel das von der Studiengesellschaft für Holz- und Forstwirtschaft in Bayern geplante Werk im Raum Rattelsdorf, Landkreis Bamberg, auf die Umwelt haben wird?

24. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Können diese Umweltbelastungen durch Auflagen verhindert werden, und würde dann dieses Werk noch wirtschaftlich geführt werden können?

25. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)	Wie hoch sind die Emissionswerte karzinogener Stoffe in Kraftfahrzeugabgasen, und wie beurteilt die Bundesregierung die Gefährlichkeit dieser Abgase vergleichsweise im Rahmen der beabsichtigten Festlegung eines Summenemissionsgrenzwerts für sieben krebserregende Stoffe in der TA Luft?
26. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung bekannt, daß die seit dem 31. März 1977 von den Umziehenden für die Erstattung der Beförderungsauslagen nach § 4 BUKG geforderte Inventarliste des gesamten Hausrats mit den im Muster vorgegebenen Schätzwerten für Raumeinheiten des Möbelwagens und der Packkartons, besonders aber wegen der Zeitwertschätzung die Betroffenen in den meisten Fällen überfordert und von diesen als Diensterschwernis empfunden wird, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
27. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)	Welche Finanzmittel sind für welche Projekte der Abwasserreinigung aus dem „Programm für Zukunftsinvestitionen" im baden-württembergischen Bodenseeraum für 1978 bereitgestellt worden?
28. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)	In welchem Zeitraum werden diese Projekte fertiggestellt?
29. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)	Wie ist der Gütezustand des Bodensees nach Meinung der Bundesregierung auch unter Berücksichtigung dieser Maßnahmen nunmehr zu beurteilen?
30. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)	Liegen neuere Forschungsergebnisse darüber vor, welche Phosphatmengen von welchen Verursachern und mit welchem jeweiligen Prozentanteil dem Bodensee jährlich zugeführt werden, und wie ist deren Wirkung auf den Sauerstoffgehalt und damit auf die Wassergüte des Bodensees zu beurteilen (vgl. Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesinnenminister, von Schoeler, vom 10. Februar 1977, auf meine entsprechende schriftliche Anfrage)?
31. Abgeordneter **Hansen** (SPD)	Wird die Bundesregierung das Auftreten von zum Teil giftigen und explosiven Gaswolken, die die Bevölkerung in Südbayern, Schwaben und besonders im Ruhrgebiet bedrohten, zum Anlaß nehmen, beschleunigt eine Störfallverordnung für alle potentiell umweltgefährdenden Betriebe zu verabschieden?
32. Abgeordneter **Hansen** (SPD)	Welche Sicherheitsvorkehrungen wird die Bundesregierung darüber hinaus ergreifen, um die Bevölkerung vor gesundheitlichen und materiellen Schäden durch derartige Störfälle in Zukunft besser zu schützen?
33. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)	Wird der Bildband „Schönes Deutschland" aus dem Umschau-Verlag 1977 von der Bundesregierung bzw. in ihrem Auftrag (z. B. für Inter Nationes, Gesamtdeutsches Institut, Bundeszentrale für politische Bildung) an Besucher, Gäste oder andere Interessenten abgegeben, und gegebenenfalls in welchem Umfang wurde er angekauft?

34. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Gibt es keine Urteile anderer höherer Verwaltungsgerichte und des Bundesverwaltungsgerichts zu den Kriterien einer „politischen Tätigkeit" von Ausländern im Bundesgebiet außer dem in der Antwort zu Frage B 33 am 7. Dezember 1978 zitierten Urteil, und bezog sich das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster am 27. Juli 1965 auf das Ausländergesetz in der derzeit geltenden Fassung?

35. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Sind Informationen zutreffend, nach denen der „Demokratische Kulturbund der Bundesrepublik Deutschland" von DKP-Funktionsträgern weitgehend beherrscht wird, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Organisation hinsichtlich ihrer Verfassungstreue?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

36. Abgeordneter **Gattermann** (FDP)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um „Ungereimtheiten" beim Versorgungsausgleich zu reparieren, und wann soll dies geschehen?

37. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, ein Gesetz zur Änderung des Rechtsberatungsgesetzes einzubringen angesichts der von der Presse (z. B. Wirtschaftswoche vom 1. Dezember 1978, Seite 28) beklagten Unklarheiten und Mängel des geltenden Gesetzes, wonach u. a. Abgeordnete, Architekten, Ärzte, Betriebsberater, Makler, Steuerberater, Kfz-Werkstattbetriebe, Wirtschaftsberater und Wirtschaftsprüfer im Rahmen allgemein üblicher Tätigkeiten häufig unbewußt gegen das Gesetz verstoßen?

38. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Wenn ja, wieweit sind die Vorbereitungen zu diesem Änderungsgesetz gediehen, und zu welchem Zeitpunkt ist mit der Vorlage an den Deutschen Bundestag zu rechnen?

39. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Wann beabsichtigt die Bundesregierung, einen Gesetzentwurf zur Änderung des Zweiten Wohnraumkündigungsschutzgesetzes vorzulegen?

40. Abgeordnete **Frau Dr. Walz** (CDU/CSU)

Wie steht die Bundesregierung zu Einrichtungen nach dem Muster der schwedischen Patent-Kontore und ferner zu dem Vorschlag, Patentgebühren auf ein Mindestmaß herabzusetzen, um das Forschungspotential der freien Forscher und Erfinder voll auszunutzen?

41. Abgeordneter **Reddemann** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung verläßliche Informationen darüber vor, daß Regierungen, Institutionen oder Privatpersonen Material über NS-Mordtaten zurückhalten, um sie erst nach einer möglichen Verjährung der Öffentlichkeit zu präsentieren?

42. Abgeordneter **Reddemann** (CDU/CSU)

Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, in wieviel Fällen bei terroristischen Aktivitäten und Verbrechen an der innerdeutschen Grenze eine Verjährung begonnen hat, und in wie vielen Fällen sie durch richterliche Handlung unterbrochen worden ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

43. Abgeordneter **Lutz** (SPD)

Führt die Bundesregierung mit der bayerischen Staatsregierung Gespräche über die Zukunft des Truppenübungsplatzes im Sebalder Reichswald, und welchen momentanen Diskussionsstand haben diese Gespräche?

44. Abgeordneter **Lutz** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, das Projekt Reichswald in dem derzeitigen Planungsstadium zu verhindern?

45. Abgeordneter **Batz** (SPD)

Treffen Presseberichte zu, daß mit Genehmigung des Bundesfinanzministeriums im Bereich des amerikanischen Truppenübungsplatzes im Sebalder Reichswald bei Erlangen im Zuge von Ausbauarbeiten 50 ha Wald gerodet werden sollen?

46. Abgeordneter **Batz** (SPD)

Ist es mit dem Umweltschutzprogramm der Bundesregierung vereinbar, wenn dort schützenswerte Biotope sowie ein wichtiges Grundwassergebiet im Erlanger Schwabachtal vernichtet werden sollen?

47. Abgeordneter **Hartmann** (CDU/CSU)

Hat der Bundesfinanzminister dagegen Einspruch erhoben, daß die von den US-Streitkräften beanspruchten Flächen des „Nürnberger Reichswalds" in eine Rechtsverordnung zur Erklärung des „Nürnberger Reichswalds" zum Bannwald einbezogen werden, und wenn ja, welche Gründe haben ihn dazu bewogen?

48. Abgeordneter **Hartmann** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung im Hinblick darauf, daß der „Nürnberger Reichswald" auf Grund seiner Lage im Verdichtungsraum Nürnberg-Fürth-Erlangen unersetzlich und daher in seiner jetzigen Flächensubstanz ungeschmälert zu erhalten ist, sowie auf Grund seiner außergewöhnlichen Bedeutung für das Klima, den Wasserhaushalt und die Luftreinigung, gegebenenfalls bereit, den Einspruch gegen die Erklärung zum Bannwald unverzüglich zurückzunehmen?

49. Abgeordneter **Hartmann** (CDU/CSU)

Welche Planungen für eine Erweiterung des Munitionsdepots der US-Streitkräfte bei Uttenreuth, Landkreis Erlangen-Höchstadt, sind der Bundesregierung bekannt?

50. Abgeordneter **Hartmann** (CDU/CSU)

Steht der in Frage 47 bezeichnete Einspruch gegen die Erklärung zum Bannwald im Zusammenhang mit Planungen der in Frage 49 bezeichneten Art?

51. Abgeordneter **Dr. Narjes** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Lotto- und Totoannahmestellen im Land Berlin zur Gewerbesteuer herangezogen werden, während den Lotto- und Totoannahmestellen im übrigen Bundesgebiet Gewerbesteuerfreiheit zugebilligt wird, und welches sind gegebenenfalls die Gründe für diese Ungleichbehandlung?

52. Abgeordneter **Dr. Narjes** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, hier eine Änderung der Rechtslage im Sinne einer Gleichbehandlung aller Lotto- und Totoannahmestellen herbeizuführen?

53. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen ist seit 1974 zugleich mit der Gewährung der Polizeizulage die Aufwandsvergütung für Zollgrenzbeamte, die Reisezüge begleiten, um 17 DM im Monat gekürzt, und welche Berechnung liegt diesem Kürzungsbetrag zugrunde?

54. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, im Hinblick auf die gestiegenen Kosten die Kürzung aufzuheben oder herabzusetzen?

55. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

In welcher Weise und aus welchen Gründen soll die Möglichkeit für Flugreisende, innerhalb des EG-Raums von den Duty-free Einkaufsmöglichkeiten Gebrauch zu machen, eingeschränkt werden?

56. Abgeordneter **Dr. Kraske** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die 9. Große Strafkammer beim Darmstädter Landgericht den sogenannten Ostsprit-Prozeß mittlerweile abgeschlossen hat und dabei zu der Überzeugung gekommen ist, daß Kraftfahrer ihre Lastkraftwagen in der Nähe von Drewitz in der DDR an Beteiligte aus der DDR übergeben, sie einige Zeit später mit einer Ladung Alkohol wieder übernommen, und diesen Alkohol dann illegal über die Transitwege in die Bundesrepublik Deutschland eingeschleust haben, und ist die Bundesregierung – nachdem nunmehr hinreichende Erkenntnisse vorliegen, und nicht mehr die Gefahr besteht, einem anhängigen Verfahren vorzugreifen – bereit, ihre Antwort vom 13. April 1978 auf meine Fragen (Drucksache 8/1689) vom 20. März zu erweitern und zu konkretisieren?

57. Abgeordneter **Dr. Kraske** (CDU/CSU)

Sieht auch die Bundesregierung in den angesprochenen Vorgängen eine offenkundige Förderung krimineller Unternehmungen zu Lasten der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Gemeinschaft durch die DDR, und was hat sie gegebenenfalls nach Abschluß des Darmstädter Verfahrens unternommen, diesen Unternehmungen entgegenzutreten?

58. Abgeordneter **Dr. Kraske** (CDU/CSU)

Sieht auch die Bundesregierung in den geschilderten Unternehmungen einen eklatanten Mißbrauch der Transitwege durch die DDR, und warum hat sie gegebenenfalls die Öffentlichkeit darüber nicht unterrichtet?

59. Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)

Welche Schuldenstrukturpolitik beabsichtigt die Bundesregierung im Hinblick auf die in den Jahren 1978 bis 1982 jahresdurchschnittlich ca. 19 Milliarden DM zu revolvierenden fälligen Schulden, und teilt die Bundesregierung die Auffassung des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesminister der Finanzen, geäußert im Gutachten zur Schuldenstrukturpolitik des Staats (am 28. September 1978 verabschiedet), daß der Bankenanteil zu hoch ist?

60. Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Beiratsmehrheit, daß die staatlichen Kredite in ausgewogener Laufzeitstruktur von lang- und kurzfristigen Krediten aufzunehmen sind, oder ist ihrer Meinung nach dem Sondervotum zu folgen, daß angesichts der von dieser Bundesregierung herbeigeführten ewigen Staatschuld prinzipiell einer langfristigen Verschuldung der Vorzug zu geben ist?

61. Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die bestehenden Koordinations- und Abstimmungsinstitutionen und -praktiken der staatlichen Schuldenpolitik, und welche eventuellen Verbesserungen strebt sie an?

62. Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, der Empfehlung des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesfinanzminister im Gutachten zur Schuldenstrukturpolitik des Staates (verabschiedet am 28. September 1978) zu folgen und künftig Kassenverstärkungskredite in der auf Seite 57 des Gutachtens vorgeschlagenen Form in Anspruch zu nehmen?

63. Abgeordneter **Wüster** (SPD)

Trifft es zu, daß, wenn Eltern Kinder anderer Eltern mit in den Urlaub nehmen und betreuen, die Eltern dieser Kinder diese Kosten nach dem neuen Einkommensteuergesetz ab 1. Januar 1979 gem. § 33 a Abs. 3 aa Ziff. 1 als Kinderbetreuungskosten absetzen können, während dagegen die Kosten für die eigenen Kinder im Urlaub nicht absetzbar sind — wie in der Wirtschaftswoche vom 8. Dezember 1978, Seite 14 behauptet — und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, den entsprechenden Paragraphen zu ändern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

64. Abgeordneter **Weiskirch (Olpe)** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, wonach die Bundesregierung in den Jahren 1970 bis 1973 Waffen und Munition, z. B. mehrere tausend Gewehre und 20 mm-Munition, an Chile geliefert hat, oder war die Bundesregierung in irgendeiner anderen Form an derartigen Geschäften direkt oder indirekt beteiligt?

65. Abgeordneter Weiskirch (Olpe) (CDU/CSU)

Hatte oder hat die Bundesregierung auf andere Weise Kenntnis von solchen Lieferungen?

66. Abgeordneter **Hofmann (Kronach)** (SPD)

Trifft es zu, daß die Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsstruktur inzwischen bereits 61 v. H. der gesamten Fläche des Bundesgebiets fördert und die Zuschüsse zu Lasten der wirklich bedürftigen Gebiete nivelliert und daß Bayern sich angesichts dieser Fehlentwicklung verstärkt auf die landeseigenen Förderprogramme verlassen muß — wie der bayerische Wirtschaftsminister Dr. Jaumann laut Süddeutscher Zeitung vom 13. Dezember 1978 angeführt hat?

67. Abgeordneter **Hofmann (Kronach)** (SPD)

Werden im Planungsausschuß, dem die Bundesregierung und die Länderregierungen angehören, die Kriterien für die Förderwürdigkeit von Gebieten den Ländern aufgezwungen oder mit den Ländern gemeinsam abgestimmt und vereinbart?

68. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Warum hat die Bundesregierung der Verlängerung des Stahlkrisenplans der Europäischen Kommission zugestimmt, obwohl ihre Bedingung, gleichzeitig den Subventionskodex zu verabschieden, nicht erfüllt wurde, und wird sie darauf bestehen, daß bis April ein Verfahren entwickelt wird, das die Zu-

schüsse an die Stahlindustrien der Mitgliedstaaten durchsichtig macht und in dem auch die Beträge sichtbar werden, die aus Steuermitteln zur Abdeckung der Defizite der Stahlunternehmen in den einzelnen Mitgliedstaaten gezahlt werden?

69. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung klar, daß die deutschen Unternehmen, die nicht im Staatsbesitz sind, im Wettbewerb benachteiligt sind, und wird sie diesen Nachteil dadurch beseitigen, daß sie darauf besteht, daß die staatliche Abdeckung der Finanzdefizite aus Haushaltsmitteln, vor allem in Italien und Großbritannien, beseitigt wird?

70. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, in Europa mit gutem Beispiel voranzugehen und dafür zu sorgen, daß außer klaren Umstrukturierungsmaßnahmen keine Sonderleistungen aus Steuermitteln an die Schwerindustrie erfolgen und somit eine Bevorzugung gegenüber der großen Zahl der kleinen und mittleren Betriebe vermieden wird, und wird sie auch im europäischen Bereich alles tun, um die Sonderbehandlung des Industriebereichs Stahl abzubauen?

71. Abgeordneter **Friedmann** (CDU/CSU)

Wie ist der Stand der Überlegungen, die Zellstoff-, Papier- und Pappindustrie aus Konkurrenzgründen gegenüber dem Ausland von den Belastungen des Abwasserabgabengesetzes (nicht gemeint ist die Freistellung von Auflagen) zumindest befristet zu befreien?

72. Abgeordneter **Dr. Riesenhuber** (CDU/CSU)

Bei welchem Preis für Erdöl bzw. Erdgas sind nach heute vorliegenden Erkenntnissen einerseits die autotherme Kohlevergasung bzw. Kohleverflüssigung, andererseits die Kohlevergasung bzw. Kohleverflüssigung mit nuklearer Prozeßwärme aus dem Hochtemperaturreaktor konkurrenzfähig?

73. Abgeordneter **Dr. Riesenhuber** (CDU/CSU)

Welche konkreten Maßnahmen sind von der Bundesregierung seit der Vorlage der Zweiten Fortschreibung des Energieprogramms am 14. Dezember 1977 speziell zu dem angekündigten Bereich III 6 „Tarifstruktur im Elektrizitätsbereich, allgemeine Versorgungsbedingungen für Elektrizität und Gas, Mißbrauchsaufsicht" ergriffen worden?

74. Abgeordneter **Dr. Riesenhuber** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung an konkreten Maßnahmen aufzuweisen auf Grund ihrer Ankündigungen in der Zweiten Fortschreibung des Energieprogramms vom 14. Dezember 1977 zum Bereich III 10 „Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Elektrizitätswirtschaft und Industrie"?

75. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung bei der Erhebung der Ausgleichsabgabe nach dem Dritten Verstromungsgesetz (Kohlepfennig) bisher nicht im ausreichenden Maße dafür gesorgt, daß über eine entsprechende Staffelung des Kohlepfennigs die unterschiedlichen Stromkosten in den marktfernen Gebieten möglichst ausgeglichen und so die Voraussetzungen für Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit der Menschen in diesen Räumen geschaffen werden, und wenn nein, warum nicht?

76. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung es für gerecht und für die Entwicklung dieser Räume für erforderlich, daß die marktfernen Gebiete neben den höchsten Stromkosten auch noch die höchste Belastung durch den Kohlepfennig je kWh zu leisten haben?

77. Abgeordneter **Schlaga** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung im Rahmen der Bundesaufsicht die ungleiche Behandlung zwischen juristischen und natürlichen Personen in den Tarifbestimmungen der Kraftfahrtversicherung, wenn es um die Schadenfreiheitsrabattübertragung von einer natürlichen auf eine juristische Person geht?

78. Abgeordneter **Schlaga** (SPD)

Sieht die Bundesregierung in der Tatsache, daß ein Arbeitnehmer die Übertragung eines Schadenfreiheitsrabatts von einem Unternehmen mit Billigung des Unternehmens durchführen lassen kann, nicht aber umgekehrt, einen Widerspruch zu ihrer Politik der Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen, und welche Folgerungen zieht sie gegebenenfalls daraus?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

79. Abgeordneter **Peters (Poppenbüll)** (FDP)

Wie ist der aktuelle Stand des Mittelabflusses aus dem agrarischen Teil des Programms der Bundesregierung für Zukunftsinvestitionen?

80. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, den britischen Außenminister Owen im Nachgang zu seinem Interview vom 17. Dezember 1978 im hessischen Rundfunk und seiner dortigen Äußerung, die Überschüsse an Butter, Zucker, Olivenöl und einigen anderen Produkten seien ein Skandal, und es könne nicht im Interesse der vielen Industriearbeiter in unserem Land sein, „diese großen Subventionen für landwirtschaftliche Überschußprodukte" zu zahlen, darüber zu informieren, welcher Anteil der europäischen Überschüsse bei Butter, Zucker, Olivenöl und Wein nicht in der Bundesrepublik Deutschland und möglicherweise nicht einmal in der EG produziert wird, und daß diese Kosten teilweise auch außenpolitische Lasten zugunsten Großbritanniens sind?

81. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Wie ist die Äußerung Minister Owens aus deutscher Sicht zu bewerten, der in diesem Zusammenhang in seinem Rundfunkinterview behauptet hat, er glaube nicht, daß die Bundesrepublik Deutschland in dieser Frage die Interessen der Gemeinschaft im Auge habe?

82. Abgeordneter **Peters (Poppenbüll)** (FDP)

Welche Stellung nimmt die Bundesregierung ein zu den fischereipolitischen Äußerungen des britischen Außenministers Owen in der „Außenpolitik" (4/78), zitiert im Handelsblatt vom 14. Dezember 1978, „es sei unvorstellbar, daß die Politik von 1970 unverändert in die 80iger Jahre fortgeschrieben werden könne. Es sei eine unumstößliche Tatsache, die eingesehen und verstanden werden müsse, daß die gemeinsame Fischereipolitik von dem einem Mitgliedsland als gerecht anerkannt werden müsse, daß den größten Teil der Bestände beitrage"?

83.	Abgeordneter **Peters (Poppenbüll)** (FDP)	Kann die Bundesregierung, wiederum auf den Artikel Minister Owens bezogen, einige Daten darüber nennen, welche Leistungen die EG-Agrarpolitik für die britischen Verbraucher erbracht und welche Vorteile die Wirtschaft Großbritanniens infolge der Mitgliedschaft in der Gemeinschaft hat?
84.	Abgeordneter **Schartz (Trier)** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung bekannt, um wieviel ha die Qualitätsweinfläche in der EG ausgedehnt wurde, und liegen ihr Erkenntnisse darüber vor, in welchem Maße diese Ausweitung durch Neuanpflanzung und durch Einbeziehung bzw. Umdeklaration von Tafelweinflächen in Qualitätsweinflächen erfolgt ist?
85.	Abgeordneter **Schartz (Trier)** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung bekannt, wieviel gemischtwirtschaftlich genutzte Flächen (Obstbau und Weinbau auf einer Fläche oder gleichartige Bewirtschaftung) seit Bestehen der EG in eine rein weinbauliche Nutzung überführt worden sind, und hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, in welchem Umfang in Zukunft die Flächen für Qualitätswein, Tafelwein und für die Herstellung von Traubensaft u. ä. in den einzelnen Mitgliedstaaten ausgedehnt werden sollen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

86.	Abgeordnete **Frau Renger** (SPD)	Wird die Bundesregierung aus ihrer Erkenntnis, daß zur Gleichberechtigung im Arbeitsleben eine verstärkte Hinwendung der Frauen und Mädchen zu den handwerklich-technischen Berufen gehört, die Folgerung ziehen, und baldmöglichst solche Beschäftigungsverbote für Frauen aufheben, die nicht aus zwingenden biologischen Gründen gerechtfertigt sind?
87.	Abgeordnete **Frau Renger** (SPD)	Wird die Bundesregierung durch eine beschleunigte Neuregelung der Arbeitszeitvorschriften die Arbeitszeitbegrenzungen von Männern und Frauen einander annähern und dazu beitragen, daß den Frauen aus den Arbeitsverboten kein unverhältnismäßiger Nachteil in der Entlohnung erwächst?
88.	Abgeordneter **Vogelsang** (SPD)	Kann die Bundesregierung Auskunft geben, wie viele Kinder und wie viele Ehefrauen von ausländischen Arbeitnehmern in den letzten Jahren aus den Heimatländern – außerhalb der EG – in die Bundesrepublik Deutschland eingereist sind?
89.	Abgeordneter **Vogelsang** (SPD)	Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Kinder sich noch in den Heimatländern – außerhalb der EG – aufhalten, deren Eltern oder Elternteil in der Bundesrepublik Deutschland sind?
90.	Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)	Für wann ist eine neue statistische Erhebung über Ein- und Auspendler vorgesehen, um den Gemeinden eine bessere Arbeitsplatzplanung zu ermöglichen, nachdem die letzte Erhebung 1970 durchgeführt wurde?

91. Abgeordneter **Gattermann** (FDP)

Hält die Bundesregierung es sozialpolitisch und mit dem Gleichheitsprinzip für vereinbar, daß ein unterhaltspflichtiger, nach der Scheidung erwerbsunfähig gewordener Rentner, dessen unterhaltspflichtige Ehefrau das Rentenalter noch nicht erreicht hat, nur die um die der Ehefrau übertragenen Anwartschaften geminderte Rente erhält, während bei Durchführung des Versorgungsausgleichs nach Eintritt des Versicherungsfalls der Rentner die Rente ungemindert bis zum Eintritt der Frau in das Rentenalter erhält (§ 1304 a RVO), im ersten Fall die Möglichkeit zur Erbringung der Unterhaltsleistungen genommen, im letzteren Fall auf die Unterhaltsleistungen Rücksicht genommen wird, und wenn nein, welche Folgerungen zieht sie daraus?

92. Abgeordneter **Kühbacher** (SPD)

Trifft es zu, daß ein liquidationsberechtigter Krankenhausarzt nach der Gebührenordnung für Ärzte gegenüber einem Privatpatienten den ein- bis sechsfachen Satz der Gebührenordnung liquidieren kann, selbst wenn er diese Leistung nicht persönlich erbracht hat, sondern diese von einem seiner Oberärzte ausgeführt worden ist, und beabsichtigt die Bundesregierung, dies gegebenenfalls bei einer Reform der Gebührenordnung zu ändern?

93. Abgeordneter **Müller (Berlin)** (CDU/CSU)

Wie hoch war der jeweilige Grundlohn der AOK-Berlin und der einzelnen Betriebs- und Innungskrankenkassen in Berlin im Jahr 1978?

94. Abgeordneter **Müller (Berlin)** (CDU/CSU)

Inwieweit sind der relativ niedrige Grundlohn der Innungskrankenkassen gegenüber dem der AOK-Berlin und der gleichzeitig prozentual gleichhohe Finanzierungsanteil vom Grundlohn an der Krankenversicherung der Rentner (KVdR) nach § 393 b RVO nicht doch die wesentliche Ursache für die augenblickliche schwierige Finanzsituation der Innungskrankenkasse der Gastwirteinnung zu Berlin?

95. Abgeordneter **Müller (Berlin)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, einvernehmlich mit dem Senat von Berlin – als der zuständigen Aufsichtsbehörde – im Rahmen des § 17 SKAG-Berlin vom 26. Dezember 1957 eine Regelung zu treffen, durch die eine Schließung der IKK der Gastwirteinnung zu Berlin und damit auch ein Arbeitsloswerden der Angestellten in Sonderheit der Dienstordnungsangestellten vermieden wird, oder legt die Bundesregierung aus ordnungspolitischen Gründen keinen Wert auf die Aufrechterhaltung der Innungskrankenkassen?

96. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Ist es richtig, daß mehr Pflichtarbeitsplätze (6 v. H. der Arbeitsplätze eines Betriebs) insgesamt zur Verfügung stehen als Schwerbehinderte eingegliedert werden können, und ist es gerechtfertigt, diesen einheitlichen Prozentsatz ohne Rücksicht auf Betriebsstrukturen aufrechtzuerhalten?

97. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Wie viele arbeitslose Angestellte, die sich vor Bezug von Arbeitslosengeld wegen Überschreitens der Jahresarbeitsverdienstgrenze von der Versicherungspflicht in der Rentenversicherung der Angestellten befreien ließen, erhalten gegenwärtig von der Bundesanstalt für Arbeit keine Beiträge zur Weiterfüh-

rung ihrer Befreiungsversicherung, und welche laufenden Kosten entstünden der Bundesanstalt, wenn diese Arbeitslosen unter gleichen Voraussetzungen den in der gesetzlichen Rentenversicherung Pflichtversicherten gleichgestellt würden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

98. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Wie beurteilt der Bundesverteidigungsminister die Vergabe der Buchführung der Heimbetriebsgesellschaft an die Edeka, und warum wurde kein unabhängiges Wirtschaftsunternehmen mit dieser Aufgabe betraut?

99. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Hat der Bundesverteidigungsminister die Erhebung über die tatsächliche Dienstzeitbelastung der Soldaten (unter anderem auch der zusätzlichen Dienste wie OvWa, OvD u. ä.) inzwischen abgeschlossen, und wann ist mit einer Veröffentlichung der Ergebnisse zu rechnen?

100. Abgeordneter **Würzbach** (CDU/CSU)

Ist es zutreffend, daß durch Streichung der beiden Spitzendienstgrade Stabsfeldwebel (A 9) und Oberstabsfeldwebel (A 10) in der Laufbahn des Unteroffiziers unserer Bundeswehr als damit einziger Gruppe des vergleichbaren öffentlichen Dienstes in den letzten Jahren Spitzendienstgrade/Spitzenämter gestrichen wurden?

101. Abgeordneter **Würzbach** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu tun, um hier auch für die Laufbahngruppe der Unteroffiziere wieder erstrebenswerte, anerkannte und zur Leistungsbereitschaft auch nach längerer Dienstzeit anregende wirkliche Spitzendienstgrade einzuführen, und welche Zeiträume werden für die Wiedereinführung solcher Spitzendienstgrade vorgesehen?

102. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Bedeutet nach Auffassung der Bundesregierung die Feststellung von Bundesverteidigungsminister Dr. Apel, wonach das Studium von zivilen Studenten an den Hochschulen der Bundeswehr grundsätzlich möglich sei, auch, daß in einem solchen Fall extreme politische Gruppen, wie z. B. der Sozialistische Hochschulbund (SHB) oder der MSB Spartakus, an den Hochschulen der Bundeswehr tätig werden können?

103. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung die betroffenen kommunalen Körperschaften im Unklaren über die notwendigen Einzelentscheidungen gelassen, nachdem sie die Verlegung der amerikanischen Truppen nach Garlstedt zu Recht befürwortet hat, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls gegen den entstandenen Eindruck zu unternehmen, daß sie sich jetzt insoweit der Verantwortung entziehen will?

104. Abgeordneter **Metz** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung die aktuellen Schwierigkeiten bei der Ausgestaltung des Truppenübungsplatzes Garlstedt bekannt, und was gedenkt sie zur Klärung der Situation zu unternehmen?

105. Abgeordneter **Würzbach** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die augenblicklich gültige Einreihung von Arbeitern der Bundeswehrverwaltung nach dem Lohngruppenverzeichnis z. B. mit der Folgesituation, daß die Geländebetreuungs- und Gartenarbeiter der Bundeswehrverwaltung, die im besonderen Maße der Witterung ausgesetzt sind und darüber hinaus unregelmäßig im Winter im Streudienst auch im Rahmen der Ruf- und Arbeitsbereitschaft eingesetzt werden, im Gegensatz zu Lagerhelfern und Kasernenwärtern die Lohngruppe V nicht erreichen können, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diesen sicherlich nicht gewollten augenblicklichen Zustand zu ändern?

106. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den mit dem Abrechnungsverfahren zwischen der Bundeswehr und den Landesbehörden in Kiel verbundenen Verwaltungsaufwand zu vereinfachen, und welches Volumen wird dieser Verwaltungsaufwand voraussichtlich haben?

107. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß sich das Bundesverteidigungsministerium erst nach längerem Zögern entschlossen hat, Bergepanzer und schweres Räumgerät aus anderen Bundesländern nach Schleswig-Holstein in Gang zu setzen, und welche Lehren zieht das Bundesverteidigungsministerium aus den von der Bundeswehr beim Katastropheneinsatz in Schleswig-Holstein gesammelten Erfahrungen?

108. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, den Katastropheneinsatz der Bundeswehr in Schleswig-Holstein als eine Großübung mit einem Ausbildungsnutzen für die Truppe anzuerkennen, und in welcher Höhe sind Forderungen der Bundeswehr zu erwarten, die der Bundesfinanzminister dann niederschlagen könnte?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

109. Abgeordneter **Picard** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß das vom Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit in Auftrag gegebene Gutachten des Max-Planck-Instituts für Psychiatrie zur Vorbereitung des Psychotherapeutengesetzes und zur eventuellen Berücksichtigung bei der Stellungnahme der Bundesregierung zur Psychiatrie-Enquete fertiggestellt ist, und zu welchen Erkenntnissen führt dieses Gutachten?

110. Abgeordneter **Picard** (CDU/CSU)

Wann wird die Bundesregierung das in Frage 109 genannte Gutachten der interessierten Öffentlichkeit zugänglich machen, und welche Konsequenzen wird sie aus ihm ziehen?

111. Abgeordneter **Burger** (CDU/CSU)

Hat das Bundesgesundheitsministerium die probeweise Durchführung eines von holländischen Wissenschaftlern erarbeiteten neuen Verfahrens zur Anwendung des Tuberkulintests angeordnet, und liegen der Bundesregierung gegebenenfalls Informationen darüber vor, in welchem Umfang die Anwendung dieses neuen Verfahrens zu gesundheitlicher Schädigung geführt hat?

112. Abgeordenter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, auf Grund § 44 des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes die fachliche Fortbildung der eingesetzten Sachverständigen und technischen Hilfskräfte in der Lebensmittelüberwachung bundeseinheitlich zu regeln, wie es auf Länderebene bereits in Nordrhein-Westfalen der Fall ist?

113. Abgeordnete **Frau Berger (Berlin)** (CDU/CSU)

Welche gesetzlichen Regelungen bestehen, um die abwechselnde Beförderung von Lebensmitteln und Chemikalien in ein und demselben Tanklastzug auszuschließen?

114. Abgeordnete **Frau Berger (Berlin)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß im Verkehr von und nach Berlin im gleichen Tanklastzug abwechselnd Mineralien (Benzin) und Kakaobutter befördert werden?

115. Abgeordneter **Hasinger** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung für angemessen, einem Mitglied des Deutschen Bundestages auf die Frage nach einem von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Forschungsvorhaben über nichtärztliche Psychotherapeuten mit dem bloßen Hinweis auf eine Überarbeitung zu beantworten, während man wenige Tage später detaillierte Angaben über die Ergebnisse dieses Forschungsvorhabens in der Presse lesen kann?

116. Abgeordneter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Zuordnung der Heil- und Gewürzkräutergroßhandelsfirmen, die sich seit jeher auch mit dem mechanischen Bearbeiten wie Zerkleinern, Trocknen und Reinigen der Kräuter befassen, zu Arzneimittelherstellungsbetrieben im Sinne des Arzneimittelgesetzes 1976 eine unnötige Härte bedeuten würde, und sieht sie diese Auffassung nicht auch unterstützt durch den Text der Drucksache 7/5051 zu § 13 Abs. 1 mit seiner Abgrenzung von pflanzlichen Rohstoffen/Agrarprodukten zu Arzneimitteln, so daß es erst spezifischer Vorgänge insbesondere der Deklaration zu Heilungszwecken bedarf, um die Zweckbestimmung als Arzneimittel annehmen zu können, und gedenkt sie, diesen Herstellerkreis von dieser Auflage zu befreien?

117. Abgeordneter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei der Ausbildung des Apothekers in keiner Phase das Bearbeiten von Pflanzen und Pflanzenteilen vorgesehen ist und daß für gewisse Heil- und Gewürzkräutererfassungsbetriebe, die Pflanzen und Pflanzenteile erfassen und bearbeiten und ohne Zweckbestimmung in den Handel bringen, die Einstellung eines Apothekers als Herstellungsleiter nach Ablauf der Überleitungszeit zur Auflage gemacht wird, und welche Folgerungen wird sie gegebenenfalls daraus ziehen?

118. Abgeordneter **Müller (Mülheim)** (SPD)

Trifft es zu, daß das Bundesgesundheitsamt die Verwendung von clofibrathaltigen Medikamenten verboten hat, und womit wurde dies gegebenenfalls begründet?

119. Abgeordneter **Müller (Mülheim)** (SPD)

Warum hatte gegebenenfalls das Verbot keine sofortige Wirkung, sondern ließ zu, daß die in Betracht kommenden Hersteller fast einen Monat Zeit hatten, ihre Präparate aus dem Handel zu ziehen, und wie wird man einer Wiederholung eines solchen Vorgehens künftig entgegenwirken?

120. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Ist der Bundesregierung die Tatsache bekannt, daß aus Ostasien stammende Arzneimittel in den Verbrauch gelangen, die beim Verbraucher den falschen Anschein erwecken, als seien sie pflanzlicher Herkunft, in Wirklichkeit aber hochwirksame Arzneistoffe wie das verschreibungspflichtige Cortisonpräparat „Dexamethason" enthalten und wie beurteilt die Bundesregierung die hiervon ausgehenden Gefahren für die Gesundheit der Bürger?

121. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bunaesregierung, die Einfuhr solcher Präparate zu unterbinden, die Bürger entsprechend aufzuklären und vor der Einnahme oder Anwendung zu warnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

122. Abgeordneter **Graf Huyn** (CDU/CSU)

Wann wird mit dem Bau von Wildzäunen an der Bundesautobahn zwischen Rosenheim und Kiefersfelden begonnen, und ist die Bundesregierung bereit, sich auch für den Bau eines Wildtunnels in der Höhe von Fischbach einzusetzen?

123. Abgeordneter **Graf Huyn** (CDU/CSU)

Wird die Bundesbahnstrecke Ebersberg—Wasserburg aufrechterhalten, und in welcher Form wird der Personen- und Güterverkehrsanschluß für Wasserburg in Zukunft gewährleistet bleiben?

124. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

In welchem Umfang sind z. Z. in der Bundesrepublik Deutschland an Bundesautobahnen und Bundesfernstraßen Notrufmelder in Betrieb, und welcher weitere Bedarf an derartigen Einrichtungen besteht schätzungsweise noch?

125. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Welche finanziellen Aufwendungen hat die Bundesrepublik Deutschland bisher für derartige Einrichtungen erbracht bzw. wieviel finanzielle Mittel sind im Haushaltsjahr 1979 dafür vorgesehen?

126. Abgeordneter **Picard** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung die Absicht, auf Grund der Erfahrungen während des außergewöhnlichen Glatteises am 8./9. Dezember 1978, insbesondere wegen der Einsatzschwierigkeiten für Polizei- und Rettungsfahrzeuge, das absolute Verbot von Spikesreifen zu revidieren und wenigstens insoweit zu lokkern, daß Polizei-, Feuerwehr-, Notarzt- und sonstige Rettungsfahrzeuge einsatzfähig bleiben?

127. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Teilt die Bundesregierung meine Meinung, daß mit einem ortsdurchgangsfreien Ausbau der Bundesstraße 10 zwischen Landau und Saarbrücken keine vertretbare Alternative zum Bau der Autobahn A 8 gegeben ist, und wie sieht bejahendenfalls die Begründung der Bundesregierung aus?

128.	Abgeordneter **Jung** (FDP)	Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Autobahn A 8 im Bereich des Pfälzer Walds und in den vorwiegend fremdenverkehrswirtschaftlich genutzten Regionen so zu bauen, daß negative Folgen aus landschafts- und umweltschützerischer Sicht vermieden werden?
129.	Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)	Ist die Bundesregierung bereit, die Straßenbaubehörden anzuweisen, den Gemeinden für die Aufnahme des auf den Bundesstraßen anfallenden Oberflächenwassers in die gemeindliche Mischkanalisation ein angemessenes Entgelt zu zahlen?
130.	Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)	Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, die Benutzung von Kleinkrafträdern und Fahrrädern mit Hilfsmotoren in Wohngebieten zur Vermeidung von Verkehrslärm einzuschränken, und hält sie es für angemessen, das Führen derartiger Fahrzeuge von einer Fahrerlaubnis abhängig zu machen, die grundsätzlich nur Volljährigen erteilt werden sollte?
131.	Abgeordneter **Klein (Dieburg)** (SPD)	In welchem Umfang hat die Deutsche Bundesbahn den Streudienst auf nicht besetzten Bahnhöfen und Haltestellen ihres Streckennetzes sichergestellt?
132.	Abgeordneter **Klein (Dieburg)** (SPD)	Führten die Erfahrungen vom 8. und 9. Dezember 1978 dazu, auf winterliche Kälteeinbrüche, vor allem auf Glatteis und Schnee, künftig im Streudienst der Deutschen Bundesbahn besser vorbereitet zu sein, als dies am 8. und 9. Dezember der Fall war?
133.	Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)	Hält es die Bunderegierung für angezeigt, durch ein Sachverständigengutachten klären zu lassen, welche Mindestbedienung mit öffentlichen Verkehrsmitteln in ländlichen Bereichen notwendig ist?
134.	Abgeordneter **Peter** (SPD)	Hat die Bundesregierung eine Übersicht darüber, wieviel Abstürze von Hubschraubern seit dem Jahr 1975 in der Bundesrepublik Deutschland zu verzeichnen sind und wieviel Tote bzw. Schwerverletzte die Folge waren?
135.	Abgeordneter **Peter** (SPD)	Wenn ja, ergeben sich aus dieser Übersicht Anhaltspunkte, wonach Kollisionen mit Starkstromleitungen in übermäßiger Häufigkeit zu Abstürzen beigetragen haben, und welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung gegebenenfalls daraus?
136.	Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)	Wann ist mit der Einleitung des Planfeststellungsverfahrens für die B 519 (Ortsumgehung Hofheim/Taunus) zu rechnen, nachdem die Gemeindevertretung von Kriftel die bisherigen Planungsvorschläge und ein Ergebnis langer Kommissionsverhandlungen zwischen Hofheim und Kriftel abgelehnt hat, und wann kann mit dem Baubeginn gerechnet werden?
137.	Abgeordnete **Frau Verhülsdonk** (CDU/CSU)	Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, verbindlich festzulegen, daß nach Überschreiten der Hochwassermarke I der Schiffsführer allein für die Weiterfahrt verantwortlich ist, damit so verhindert werden kann, daß bei Strafverfahren wegen nicht Einhaltens der besonderen Verkehrsbestimmungen bei Hochwasser die Schuld nicht auf nicht mehr haftbar zu machende Matrosen abgewälzt wird?

138. Abgeordnete **Frau Verhülsdonk** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die Geldstrafen, die bei Überschreiten der Geschwindigkeitsbegrenzung ab Hochwassermarke 1 erlassen werden können, für ausreichend hoch, und stehen diese noch im richtigen Verhältnis zu dem finanziellen Vorteil, der bei einer Übertretung durch die Verkürzung der Transportzeit erzielt werden kann?

139. Abgeordnete **Frau Dr. Wilms** (CDU/CSU)

Welche Stellung wird die Bundesregierung als Gesellschafterin der Flughafenbetriebsgesellschaft Köln/Bonn zu einer – in zwei Gutachten 1976 und 1978 im Auftrag der Landesregierung Nordrhein-Westfalen vorgeschlagenen – Kooperation/Kombination der beiden Verkehrsflughäfen Köln/Bonn und Düsseldorf der Landesregierung gegenüber einnehmen?

140. Abgeordnete **Frau Dr. Wilms** (CDU/CSU)

Welche Auswirkungen wird eine Kooperation der Flughäfen Köln/Bonn und Düsseldorf auf die Gesellschafterstellung des Bundes haben, insbesondere, wird der Bund bei einer Unternehmenszusammenlegung der beiden Flughäfen wiederum Mitgesellschafter werden?

141. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Wie weit sind die planerischen Vorbereitungen für den Bau der Eisenbahnüberführung (Führung der Straße unter den Gleisen hindurch) im Zuge der L 77 in Rastatt-Niederbühl, und bis wann kann mit dem Bau gerechnet werden?

142. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Naturkatastrophe in Schleswig-Holstein, sieht sie eine Möglichkeit, die Kapazitäten der Deutschen Bundespost für einen Katastrophenfall zu erweitern und die wetterbedingte Störungsanfälligkeit der Deutschen Bundesbahn möglichst weitgehend auszuschalten?

143. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Ist die Bundesregierung nunmehr bereit, Vorschriften zu erlassen, daß bei Caravans Ersatzräder zur Ausstattung gehören müssen, und wie beurteilt sie in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß – im Gegensatz zu der bisher von ihr nicht erkannten Notwendigkeit – Wohnwagenhersteller vereinzelt bereits serienmäßig Wohnwagen mit Ersatzrad verkaufen?

144. Abgeordneter **Sauter (Epfendorf)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob bei den Verkehrsunfällen im Jahr 1978 die jugendlichen Verkehrsteilnehmer überdurchschnittlich beteiligt waren, und wo liegen nach Auffassung der Bundesregierung gegebenenfalls die Ursachen, und welche Folgerungen zieht sie daraus?

145. Abgeordneter **Sauter (Epfendorf)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß jugendliche Verkehrsteilnehmer bei schweren Verkehrsunfällen mit tödlichem Ausgang im Jahr 1978 überdurchschnittlich beteiligt waren, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung über die bisherigen Verkehrserziehungsmaßnahmen hinaus, gegen solche Entwicklungen anzugehen?

146. Abgeordneter **Sauter (Epfendorf)** (CDU/CSU)

Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, ob an den Verkehrsunfällen über das Wochenende Angehörige der Bundeswehr überdurchschnittlich stark beteiligt sind, und beabsichtigt die Bundesregierung gegebenenfalls, weitere vorbeugende Maßnahmen einzuleiten?

147. Abgeordneter **Sauter (Epfendorf)** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, daß die von Bundeswehrangehörigen benutzten Fahrzeuge in geringerem Maß den Verkehrsvorschriften entsprechen als die sonstigen Fahrzeuge?

148. Abgeordneter **Dr. Jenninger** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung angesichts der Erfahrungen dieses Winters mit häufigem Glatteis in weiten Teilen der Bundesrepublik Deutschland und der damit verbundenen Anhäufung von Verkehrsunfällen, Erschwerung ärztlicher Hilfs- und Rettungsmaßnahmen sowie der Behinderung und Benachteiligung der Wirtschaft – insbesondere im ländlichen Raum – bereit, eine Aufhebung des Verbots von Spikesreifen zu prüfen?

149. Abgeordneter **Dr. Jenninger** (CDU/CSU)

Welche anderen Möglichkeiten sieht die Bundesregierung innerhalb ihres Verantwortungsbereichs, um im Fall anhaltenden bzw. häufig wiederkehrenden Glatteises speziell im ländlichen Raum die Funktionsfähigkeit der ärztlichen Versorgung und der Wirtschaftsbetriebe zu sichern, sowie ganz allgemein die Verkehrssicherheit zu erhöhen?

150. Abgeordneter **Dr. Bötsch** (CDU/CSU)

Hängt die Entscheidung der Bundesregierung über den Ausbau der sogenannten Westumgehung Würzburg der Bundesautobahn von einem positiven oder negativen Votum der kommunalen Vertretungskörperschaften in Würzburg-Stadt und -Land sowie der mainfränkischen Wirtschaft ab?

151. Abgeordneter **Dr. Bötsch** (CDU/CSU)

Könnte bei Verzicht auf den Ausbau der sogenannten Westumgehung Würzburg der Bundesautobahn für die Neubautrasse Hannover-Würzburg der Deutschen Bundesbahn eine umweltfreundlichere Lösung gefunden werden als die, die dem jetzigen Raumordnungsverfahren durch die Deutsche Bundesbahn zugrundegelegt wurde?

152. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, für die im Bereich der Stadt Ansbach geplante äußere Westtangente als Fortsetzung der Bundesstraße 14 die Dringlichkeit des Ausbaus und ihre Baulastträgerschaft dafür anzuerkennen, und was kann und wird die Bundesregierung tun, um die baldmögliche Verwirklichung und Finanzierung des für Westmittelfranken außerordentlich bedeutsamen Projekts sicherzustellen?

153. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung die in Mittelfranken vorhandenen Bundesbahnstrecken im jetzigen Umfang nach Zahl, Benützungsart und Benutzungsintensität aufrechterhalten, und wird die Bundesregierung entsprechende Entscheidungen bei der Deutschen Bundesbahn herbeiführen?

154. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Wie hoch waren die durchschnittlichen Schleusungen an Sonntagen auf dem Rhein-Herne- und dem Wesel-Datteln-Kanal, und hält die Bundesregierung die geringen Schleusungsziffern für wirtschaftlich vertretbar, oder prüft sie andere Lösungsmöglichkeiten zur Erfüllung des 1969 ergangenen Bundesverwaltungsgerichtsurteils?

155. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Inwieweit unterstützt die Deutsche Bundesbahn Pläne, die im Verkehrsverbund Stuttgart betriebene S-Bahn über den Bereich des Flughafens Stuttgart hinaus nach Filderstadt (Landkreis Esslingen) und nach Nürtingen (Landkreis Esslingen) weiterzuführen?

156. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

In welchem Umfang und in welchen Orten wurden von der Deutschen Bundespost in Zusammenhang mit der Gemeindegebietsreform des Freistaats Bayern Postämter, Poststellen und öffentliche Fernsprechzellen aufgelöst?

157 Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Welche Kriterien wurden dafür zugrundegelegt, und wie werden die Auswirkungen auf die betroffenen Ortschaften und die Bevölkerung beurteilt?

158. Abgeordneter **Dr. Häfele** (CDU/CSU)

Wieviel Fernsprechhauptanschlüsse umfaßt der künftige Fernsprechnahbereich durchschnittlich in Großstädten über 100 000 Einwohner, und stimmt es z. B., daß es in Hamburg 932 000 Anschlüsse gibt, während Furtwangen nur 36 000 hat?

159. Abgeordneter **Dr. Häfele** (CDU/CSU)

Was will die Bundesregierung gegebenenfalls tun, um diese regionalen Unterschiede zu beseitigen?

160. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Hat die Bundesregierung Erkenntnisse über einen Zusammenhang zwischen Schicht- und Nachtarbeit und vorzeitiger Pensionierung/Erwerbs- oder Berufsunfähigkeit aus gesundheitlichen Gründen bei Post- und Eisenbahnbeamten, die im Nacht- und Schichtdienst tätig sind?

161. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Welche Maßnahmen haben die Deutsche Bundespost und die Deutsche Bundesbahn ergriffen, um die gesundheitlichen Folgen von Schicht- und Nachtarbeit bei den Mitarbeitern der Deutschen Bundespost und der Deutschen Bundesbahn zu mindern bzw. zu kompensieren?

162. Abgeordneter **Berger (Herne)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die durch die kommunale Neugliederung des Ruhrgebiets seit dem 1. Januar 1975 zur neuen Stadt Herne zusammengeschlossenen ehemaligen Städte Herne und Wanne-Eickel auch heute noch verschiedenen Fernsprechortsnetzen (Herne 0 23 23 und Wanne-Eickel 0 23 25) angehören, und alle Bemühungen um die Beseitigung dieser Zweiteilung bisher erfolglos geblieben sind?

163. Abgeordneter **Berger (Herne)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß diese Zweiteilung das wichtigste Anliegen der für die Stadt Verantwortlichen, die neue Stadt zu einer Einheit zusammenzuführen, erschwert?

164. Abgeordneter **Berger (Herne)** (CDU/CSU)

Läßt es sich in Anbetracht der Bemühungen um die Herstellung einer Einheit vertreten und mit Sinn und Zweck der Umstellung auf den Nahdienst im Fernmeldewesen vereinbaren, daß auch bei der Neueinteilung der Nahbereiche für die neue Stadt Herne an der bisherigen Trennung durch unterschiedliche Nahbereiche festgehalten wird, wobei ins Gewicht fällt, daß im Fernsprechortsnetz Wanne-Eickel im Gegensatz zum Fernsprechortsnetz Herne das Stadtgebiet Dortmund nicht dem Nahbereich zugeordnet werden soll?

165. Abgeordneter **Berger (Herne)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, dafür Sorge zu tragen, daß auch den Bürgern der ehemaligen Stadt Wanne-Eickel der gleiche Nahbereich wie denen der ehemaligen Stadt Herne zur Verfügung gestellt wird?

166. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen führt die Deutsche Bundespost das drahtlose Telefon nicht ein?

167. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Welche Firmen in der Bundesrepublik Deutschland werden von der Deutschen Bundespost vorwiegend mit Aufträgen für die Errichtung von Fernsprechanlagen bedacht?

168. Abgeordneter **Frau Berger (Berlin)** (CDU/CSU)

Wie hoch war die Gesamtauflage der in den Postämtern ausgelegten neuen Gebührenverzeichnisse, nach welchen Kriterien wurde diese festgelegt, und wie erfolgte die Aufteilung auf die einzelnen Landespostdirektionen?

169. Abgeordneter **Frau Berger (Berlin)** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen wurden der Landespostdirektion Berlin, ohne vorherige Rückfrage nach dem Bedarf, nur 30 000 Exemplare des Gebührenverzeichnisses zur Verfügung gestellt, und sieht die Bundesregierung darin nicht eine Mißachtung der Interessen von Postkunden?

170. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Welche von der Oberpostdirektion Münster angeführten „technischen Gründe" haben dazu geführt, daß der Kreis Recklinghausen trotz der besonderen Notwendigkeit durch eine umfangreiche kommunale Neuordnung erst 1982 auf den „Nahdienst" umgestellt wird, und plant die Bundesregierung hier gegebenenfalls durch zusätzliche Investitionen Abhilfe?

171. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Ist die Deutsche Bundespost bereit, einer Resolution des Kreistages des Landkreises Esslingen und auch meinen eigenen intensiven Bemühungen der letzten zwei Jahre nunmehr zu entsprechen, daß vor Einführung der Telefonnahbereiche die Einwohner der großen Kreisstädte Ostfildern und Filderstadt jeweils in dem selben Telefonortsnetz zu erreichen sind, d. h., daß diese beiden Städte mit allen ihren Stadtteilen dem Ortsnetz Stuttgart zugeordnet werden?

172. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Warum wird bei der Einführung der Nahverkehrsbereiche im Telefonverkehr für die unmittelbar an der Zonengrenze gelegenen Ortsnetze nur ein Radius von 25 km statt der üblichen 20 km eingeführt und nicht der doppelte Radius, der 40 km betragen würde?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

173. Abgeordneter **Menzel** (SPD)

Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus zu?

174. Abgeordneter **Menzel** (SPD)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Mieter von Sozialwohnungen in der Mehrzahl wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungsschichten angehören, oder hat der soziale Wohnungsbau sein Ziel verfehlt, Wohnungen für die nichtbegüterten Schichten der Bevölkerung bereitzustellen?

175. Abgeordenter **Krockert** (SPD)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über die Verteilung des Wohneigentums auf verschiedene Einkommensgruppen vor?

176. Abgeordneter **Krockert** (SPD)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wie hoch der Anteil der Familien mit Kindern in öffentlich geförderten Wohnungen ist?

177. Abgeordneter **Erhard (Bad Schwalbach)** (CDU/CSU)

Müssen nach dem Zweiten baustatistischen Gesetz statt der bisher 79 nunmehr 338 baustatistische Fragen von den Bauherren, den Gemeinden und den Baugenehmigungsbehörden beantwortet und überprüft werden, wie der hessische Landkreistag festgestellt hat, und wenn ja, aus welchem Grund erscheint es vertretbar, die Baugenehmigungsbehörden mit so umfangreichen statistischen Arbeiten zu beschäftigen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

178. Abgeordneter **Dr. George** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Bundesbürger, deren Verwandte in der DDR in dringenden Familienangelegenheiten keine Ausreisegenehmigung erhalten haben, häufig zu spät erfahren, an welche deutsche Stelle sie sich wenden können, mit dem Ergebnis, daß eine spätere Intervention der Ständigen Vertretung bei den Behörden der DDR mangels „engen zeitlichen Zusammenhangs" zwischen Reiseverweigerung und der Ansprache gegenüber der DDR-Regierung erfolglos sein mußte, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

179. Abgeordneter **Dr. George** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zu ergreifen, um die Bundesbürger besser als bisher über die restriktive Handhabung der Erteilung von Ausreisegenehmigungen durch die Regierung der DDR und die Gründe hierfür zu informieren?

180. Abgeordneter **Dr. George** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zu ergreifen, um die Bundesbürger besser als bisher über die Möglichkeit zu informieren, über das Gesamtdeutsche Institut Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben und die Ständige Vertretung eine Intervention zu erreichen?

181. Abgeordneter **Dr. George** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zu ergreifen, um die Bundesbürger besser als bisher über die Notwendigkeit zu informieren, sich unmittelbar nach Verweigerung der Ausreisegenehmigung für Verwandte in der DDR an das Gesamtdeutsche Institut zu wenden, damit der „enge zeitliche Zusammenhang" zwischen Ausreiseverweigerung und Aussprache gegenüber der DDR-Regierung nicht verlorengeht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

182. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß Skylab entgegen der Wahrscheinlichkeitsberechnungen und Risikostudien auf die Erde zurückfällt, und welche Folgerungen zieht sie daraus?

183. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

Wie hoch ist das Gefährdungspotential, und welche Schritte gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um eine Gefährdung der deutschen Bevölkerung gegenwärtig und für die Zukunft auszuschließen?

184. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Auf welches gemeinsame Basiskonzept eines Hochtemperaturreaktors für Stromerzeugung und Prozeßwärme haben sich Bundesregierung und industrielle Partner geeinigt?

185. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Wann ist auf diesem Hintergrund mit dem Bau einer derartigen Anlage bzw. der Markteinführung zu rechnen?

186. Abgeordneter **Dr. Narjes** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß vor wenigen Tagen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika ein umfassender Regierungsbericht über die Möglichkeiten der Nutzung der Solarenergie in den Vereinigten Staaten vorgelegt worden ist, aus dem sich unter anderem ergibt, daß bis zum Jahr 2000 etwa 20 v. H. des Energiebedarfs der Vereinigten Staaten durch Nutzung der Sonnenenergie gedeckt werden kann, und ist die Bundesregierung bereit, nach Kenntnisnahme dieses Berichts unverzüglich ihre eigene Energieprognosen mit dem Ziel zu überprüfen, ob und in welchem Umfang sich die in den Vereinigten Staaten erwogenen technischen Lösungen, Annahmen über die Entwicklung des Energiebedarfs und die energiepolitischen Strategien bei einem vertretbaren Finanzaufwand ganz oder teilweise auf die Bundesrepublik Deutschland übertragen lassen?

187. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Ist der im Zusammenhang mit der Stillegungsdebatte „Otto Hahn" von Bundesforschungsminister Dr. Hauff vertretene Standpunkt, daß die bisherigen Erfahrungen mit dem zehn Jahre alten Atomfrachter ausreichten, um „im Bedarffall in der Lage zu sein, Schiffe mit Kernantrieb zu bauen und zu liefern", zu rechtfertigen angesichts der Meinung von Experten, daß wegen der in den 90er Jahren einsetzenden Rohölverknappung bei den größeren Handelsschiffen Kernenergieantrieb verwendet werden müßte, und sollte die „Otto Hahn" nicht zumindest solange weiter betrieben werden, bis ein Atomschiff der „zweiten Generation" gebaut werden kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

188. Abgeordneter **Spitzmüller** (FDP)

Welchen grundsätzlichen Stellenwert haben nach Ansicht der Bundesregierung Hilfen im Bereich des Gesundheitswesens für die Staaten der Dritten Welt, und welche Bemühungen unternimmt die Bundesregierung zur Entwicklung und Stärkung eines eigenständigen Gesundheitswesens in den Entwicklungsländern?

189. Abgeordneter **Spitzmüller** (FDP)

Mit welchen Staaten der Dritten Welt bestehen bereits Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens, und welche sind die bevorzugten Kooperationsthemen innerhalb dieses Abkommens, bzw. wie wird diese Kooperation durchgeführt und koordiniert?

190. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Summe von 700 000 Dollar, die die Bundesrepublik Deutschland in den letzten drei Jahren indirekt an die SWAPO gezahlt haben soll, und kann sie bestätigen, daß die westlichen Länder diese Organisation im gleichen Zeitraum mit insgesamt 79 Millionen Dollar unterstützt haben (vgl. Südafrikanisches Panorama Nr. 89, „Der Westen als Geldgeber der SWAPO“)?

191. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Ankündigung des außenpolitischen Sprechers der SWAPO, Mweshihange, die SWAPO werde ihre Guerillatätigkeit in Namibia verstärken, das nur durch Krieg befreit werden könne, „gleichgültig, wie lange er sich hinzieht“ (vgl. Nachrichtenspiegel I des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung vom 26. Dezember 1978)?

Bonn, den 12. Januar 1979